



Europäische
Kommission

[HERBST 2014 ▶ Nr. 50]

panorama

inforegio

▶ Auf dem Weg zu Innovation und umweltverträglichem Wachstum

So fördert die Kohäsionspolitik
EU-Investitionen

- ▶ Interview mit Johannes Hahn,
für Regionalpolitik zuständiges
Kommissionsmitglied
- ▶ Einbindung von städtischen
Problemen in die Gestaltung
der EU-Politik
- ▶ Unterstützung für KMU durch
Finanzinstrumente
- ▶ OPEN DAYS 2014:
Zusammenwachsen – intelligente
Investitionen für Menschen

Regionalpolitik
und Stadtent-
wicklung

▶ EDITORIAL	3
Walter Deffaa, Generaldirektor für Regionalpolitik und Stadtentwicklung	
▶ INTERVIEW	
EIN INVESTITIONSTRUMENT ZUR UMSETZUNG DER EU-ZIELE	4-7
Johannes Hahn, Eu-Kommissar für Regionalpolitik	
▶ SCHWERPUNKT	
KOHÄSIONSPOLITIK FÖRdert INNOVATION UND UMWELTVERTRÄGLICHES WACHSTUM IN EUROPA	8-13
▶ OFFENE DATEN UND KOHÄSIONSPOLITIK	14-15
▶ ÖKONOMISCHE AUSRICHTUNG DER GRIECHISCHEN PARTNERSCHAFTSVEREINBARUNG	16-19
Interview mit Georges Yannoussis	
▶ OPEN DAYS 2014	20-21
▶ ENTWICKLUNG EINER EU-STÄDTEAGENDA	22-23
▶ GROSSPROJEKTE MIT GROSSEN AUSWIRKUNGEN	24-25
▶ UMSETZUNG DER KOHÄSIONSPOLITIK MITHILFE VON FINANZINSTRUMENTEN	26-27
▶ EUROPÄISCHER SOZIALFONDS 2014-2020	28-31
▶ OPTIMIERUNG DES ÖFFENTLICHEN AUFTRAGSWESENS	32-33
▶ EUSAIR	34-35
▶ NACHRICHTEN IN KÜRZE	36-37
▶ LANCIERUNG DER PARTNERSCHAFT ZWISCHEN EUROPA UND DER ZIVILGESELLSCHAFT	38-39
▶ DIE REGIONALPOLITIK DER EU SEIT 1989	40-41
▶ LESEBEITRÄGE	42-43
Panorama hat die 50. Ausgabe erreicht	
▶ PROJEKTE	44-47
Beispiele für Projekte aus Griechenland, Spanien und der europäischen territorialen Zusammenarbeit	
▶ TERMINE	48



Solucar in der Nähe von Sevilla, Spanien, ist der größte Solarkomplex Europas und ein Katalysator für technische Investitionen in die Region.



Fotos (Seiten):
 Titelbild: © Shutterstock/raulbaenacasado
 Seiten 3, 4, 6-7, 12, 18, 21, 22-23, 27, 36, 40:
 © Europäische Kommission
 Seiten 8, 15, 32, 34-35, 41: © Shutterstock
 Seite 16: © Generalsekretariat für öffentliche Investitionen des NSRF,
 Griechenland; © Europäische Kommission
 Seiten 17-18: © FORTH
 Seite 23: © Environmental Studies Centre
 Seiten 24-25: Bulgarien/Rumänien, Griechenland, Polen –
 © Europäische Kommission; Frankreich – © ANMA
 Seiten 28-29: © Shutterstock/Lisa F. Young; © Shutterstock/Anton
 Chalakov; © Shutterstock/Anton Chalakov
 Seiten 30-31: © Emplea verde; Darlana Region © Lars Dahlström
 Seite 36: © AdR
 Seite 38: © EWSA
 Seiten 42-43: Ministerium für Regionalentwicklung,
 Tschechische Republik; © Autoren
 Seiten 44-47: © SERGAS; Smart Coasts; In2LifeSciences;
 Thyatron S.A.

Dieses Magazin ist in gedruckter Form auf Recycling-Papier in englischer, französischer und deutscher Sprache verfügbar. Online-Fassungen sind in 22 Sprachen abrufbar unter http://ec.europa.eu/regional_policy/information/panorama/index_de.cfm

Diese Ausgabe wurde im September 2014 abgeschlossen.

RECHTLICHER HINWEIS

Die Europäische Kommission und die in ihrem Namen handelnden Personen übernehmen keine Verantwortung für die Verwendung der in diesem Bericht enthaltenen Angaben bzw. für eventuelle, trotz der sorgfältigen Vorbereitung und Prüfung der Texte noch vorhandene Fehler. Das vorliegende Dokument spiegelt nicht den Standpunkt der Europäischen Kommission wider.

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2014

ISSN 1608-3881

© Europäische Union, 2014

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

Zwecks Nutzung bzw. Wiedergabe von urheberrechtlich geschützten Inhalten, die als solche gekennzeichnet sind, ist die Genehmigung der Urheberrechtsinhaber einzuholen.

Printed in Belgium



▶ EDITORIAL

Walter Deffaa

Generaldirektor
für Regionalpolitik und Stadtentwicklung,
Europäische Kommission

Im unlängst publizierten 6. Kohäsionsbericht wird ein umfassender Überblick darüber gegeben, wie sich die Kohäsionspolitik aus einem Programm zur Förderung der Regionalentwicklung in ein Instrument zur Steigerung von Investition, Innovation und umweltfreundlichem Wachstum in der Europäischen Union entwickelt hat.

In den schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen seit 2008 trug diese Politik eindeutig dazu bei, die gravierendsten Folgen der Wirtschaftskrise zu mildern, nachhaltige staatliche Investitionen zu stützen und die Neugründung von Unternehmen zu fördern.

Aufgrund der Kohäsionspolitik konnten zwischen 2007 und 2013 annähernd 600 000 Arbeitsplätze geschaffen und nahezu 80 000 Firmenneugründungen unterstützt werden. Sie führte zudem zu Investitionen in 25 800 km Straßennetz und 2 700 km Eisenbahn-Schienennetz. Sie verhalf 5,7 Millionen Menschen zu neuer Beschäftigung und 8,6 Millionen zu beruflichen Qualifikationen.

Die Kohäsionspolitik hat sich jedoch auch zum primären gesamteuropäischen Instrument zur Förderung von Investitionen in den Bereichen Energieeffizienz, Schaffung von Arbeitsplätzen und Unterstützung von KMU entwickelt. Zudem wurde eine Ausrichtung der Kohäsionspolitik an der Gesamtstrategie der EU erzielt. Im neuen Programmplanungszeitraum 2014-2020 ist die Kohäsionspolitik ein integraler Bestandteil der Strategie Europa 2020, mit einem starken Fokus auf Beschäftigung, Innovation, Nachhaltigkeit sowie Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung.

Städteagenda

Ein weiteres Merkmal der Entwicklung der Kohäsionspolitik ist eine stärkere Ausrichtung der Prioritäten urbaner Zentren an der Gestaltung der EU-Politik.

Mehr als zwei Drittel der EU-Bürger leben in Städten, die direkt oder indirekt von zahlreichen EU-Politikfeldern betroffen sind, darunter Verkehr, Energie und Umwelt. Die Kommission hat eine Städteagenda entwickelt, die einen besser integrierten Ansatz der politischen Entwicklung verfolgen und eine höhere Konsistenz gewährleisten wird. Ziel ist es, in der politischen Debatte den Städten mehr Aufmerksamkeit zu verschaffen und die Koordination zu optimieren.

Partnerschaftsvereinbarungen

Bis heute (d. h. bis zum 9. September 2014) wurden 16 von 28 Partnerschaftsvereinbarungen von der Europäischen Kommission angenommen; von den anderen Mitgliedstaaten vorgeschlagene Abkommen werden derzeit analysiert.

In den Partnerschaftsvereinbarungen werden die Strategien im Hinblick auf die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI) für diese Länder festgelegt, begleitet von vorgeschlagenen operationellen Programmen, in denen die Investmentpläne der Länder und Regionen für den Programmzeitraum 2014-2020 dargelegt werden.

Open Days

Vor dem Hintergrund der Anstrengungen Europas, die Erholung der Wirtschaft über die Investitionen der Kohäsionspolitik und die Entwicklung von Partnerschaftsvereinbarungen durch Mitgliedstaaten zu fördern, bieten die OPEN DAYS 2014 ein Forum für lebhaftes Debatten und Diskussionen über eine Vielzahl von Themen.

Neben den Hauptreden und Debatten finden etwa 100 Arbeitssitzungen statt, und zwar in Form von „Workshops“, bei denen Fachleute sich über bewährte Verfahren und Ausbildung austauschen können, und Debatten, bei denen Expertengruppen zusammenkommen und sich auf ein bestimmtes Thema konzentrieren.

► EIN INVESTITIONSTRUMENT ZUM ERREICHEN DER EU-ZIELE

DER NEUE ANSATZ FÜR DIE KOHÄSIONSPOLITIK



„Die Kohäsionspolitik wurde nun radikal zu einer EU-weiten Investitionsstrategie umgestaltet. Heute ist sie ein leistungsfähiges Instrument, das für wirtschaftliche Entwicklung und Transformation auf regionaler Ebene neu konfiguriert wurde.“

JOHANNES HAHN – EU-KOMMISSAR FÜR REGIONALPOLITIK

Anlässlich der 50. Ausgabe von *Panorama* sprachen wir mit dem für Regionalpolitik zuständigen Kommissar Johannes Hahn über die Errungenschaften und die Umgestaltung der Kohäsionspolitik im Laufe seiner Amtszeit.

Eine der bedeutsamen Entwicklungen der letzten Zeit sei die Veränderung im Bereich des Ansehens und der Positionierung der Kohäsionspolitik, so der für Regionalpolitik zuständige Kommissar Johannes Hahn.

„Bisher konzentrierte sich die Kohäsionspolitik auf die ärmeren Regionen und auf die Verbesserung der Chancengleichheit. Wir haben diese traditionelle Rolle nicht aufgegeben. Allerdings haben wir sie nun radikal in eine EU-weite Investitionsstrategie umgewandelt. Heute ist sie ein leistungsfähiges Instrument, das für wirtschaftliche Entwicklung und Transformation auf regionaler Ebene neu konfiguriert wurde.“ Am wichtigsten ist es aber, Änderungsprozesse in den einzelnen Regionen bedarfsgerecht zu unterstützen, ganz gleich, ob diese mehr oder weniger entwickelt sind.“

„Hinter dieser Strategie verbergen sich ein neuer Ansatz und eine neue Philosophie zur Unterstützung und Förderung des wirtschaftlichen Wachstums und der Arbeitsplätze über die Regionen und Städte“, so Hahn weiter.

Der Kommissar wies auf die neuen Schlagwörter hin, die nun eng mit der überarbeiteten Kohäsionspolitik verbunden sind – Ergebnisorientierung, Leistung, Ziele, Zielsetzungen und lieferbare Ergebnisse.

„Hier geht es nicht nur um Fachsprache, sondern es wird auch aufgezeigt, wie die Kohäsionspolitik künftig funktionieren soll. Da auf sie mittlerweile ein Drittel des gesamten EU-Haushalts entfällt – also rund 350 Millionen EUR –, müssen ihre Ressourcen angemessen angeleitet und mit Bedacht genutzt werden.“

Veränderte Geisteshaltung

Hahn zufolge liegt eines der Hauptziele des neuen Ansatzes darin, die Kohäsionspolitik intelligenter und fokussierter zu gestalten. So kann sie zur Hauptinvestitionsstrategie der

Europäischen Union und zum wichtigsten Instrument bei der Umsetzung der Ziele der Strategie Europa 2020 werden.

„Der wichtigste Punkt ist, dass wir unsere ‚Geisteshaltung‘ gegenüber der Kohäsionspolitik verändert haben“, betonte der Kommissar. „Der strenge Prozess, den wir mit Partnerschaftsvereinbarungen und operationellen Programmen eingeführt haben, zwingt die Mitgliedstaaten, effektiv einen pragmatischen und umsetzbaren ‚Geschäftsplan‘ bzw. eine wirtschaftliche Entwicklungsstrategie zu erstellen, die auf ihre Wirtschaft und Regionen zugeschnitten ist.“

„Der Plan muss den vorrangigen Zielen der Strategie Europa 2020 entsprechen. Er muss mit uns hier in Brüssel vereinbart werden.“

„Die Zeiten der bedingungslosen Ausschüttung von Mitteln in Form von Zuschüssen und ‚Blankoschecks‘ für regionale Projekte sind vorbei“, so Hahn. Jeder ausgegebene Euro muss gerechtfertigt werden. Im Vorfeld ist ein Investitionsplan zu erarbeiten, dessen korrekte Umsetzung wie bei anderen professionellen Investitionen hinreichend belegt werden muss.

Änderungsmanagement

„Auf wundersame Weise hat die Wirtschaftskrise dazu beigetragen, die Einführung der neuen Geisteshaltung gegenüber der Kohäsionspolitik zu vereinfachen.“

„Aufgrund der finanziellen Einschränkungen mussten die Behörden der Mitgliedstaaten auf allen Ebenen ihren Haushalt in besonderem Maße im Blick halten und Prioritäten setzen. Die meisten haben verstanden, dass es nicht so weitergehen konnte wie bisher.“

„Genau dieser Ansatz und diese Disziplin sind nun auch in der Kohäsionspolitik erforderlich, da sich die Mitgliedstaaten mehr auf ihre Zielsetzungen und Prioritäten konzentrieren und die optimalen Investitionsziele definieren müssen.“

Klare und messbare Ziele

Der neue Ansatz war ein zentraler Bestandteil der Partnerschaftsvereinbarungen (PAs) für den Programmzeitraum 2014-2020.

Diese Vereinbarungen sind wichtige Dokumente zur Lenkung der strategischen Investition durch Mitgliedstaaten und Regionen in den kommenden sieben Jahren. Sie setzen klare Ziele für Investitionen gemäß den Hauptprioritäten der Strategie Europa 2020.

„Mit dem neuen Ansatz können wir messbare Ergebnisse erzielen und fortlaufend ermitteln, ob diese öffentlichen Investitionen ihre maximale Wirkung für die Förderung von Wachstum und Arbeitsplätzen in Europa entfalten“, so Hahn.

„Wie können wir beispielsweise in die Forschung investieren, wenn es keine Forschungsstrategie gibt?“ „Das wäre so, als wolle man ein Auto fahren, das kein Lenkrad hat.“

Das Finanzinstrument für Europa 2020

„Aus den Fehlern der Strategie von Lissabon haben wir viel gelernt“, sagt Hahn. „Obwohl ihre Ziele gut waren, fehlte dem Änderungs- und Reformplan ein Finanzinstrument für die Umsetzung. Dies war ein erheblicher Schwachpunkt. Ohne rechtliche Verpflichtung und ohne echtes Budget war die Abhängigkeit vom politischen Willen, an dem es letztendlich fehlte, zu groß.“

Hahn weiter: „Die Probleme, auf die die Strategie von Lissabon ausgerichtet war – geringe Produktivität, stagnierendes Wirtschaftswachstum in der EU – wurden jedoch nicht bewältigt. Die Wirtschaftskrise 2008 hat erhebliche Mängel einer Wirtschaft aufgezeigt, die bereits durch Globalisierung, Ressourcenbelastungen und Bevölkerungsüberalterung einem hohen Druck ausgesetzt war.“

Die Antwort der EU ist die Vorlage für weiteres Wirtschaftswachstum: die Strategie Europa 2020. Diese Strategie hat zum Ziel, durch intelligente Investitionen in Energieeffizienz, Forschung, Innovation sowie in moderne und nachhaltige Produktionsmethoden Arbeitsplätze zu schaffen und Armut zu verringern.

„Eine der ‚Innovationen‘ der reformierten Kohäsionspolitik ist die Ausrichtung auf die Prioritäten von Europa 2020 und die Konzentration auf eine begrenzte Anzahl vereinbarter strategischer Ziele, um eine kritische Masse von Investitionen im ausgewählten Bereich zu schaffen.“

„Bei gezielten regionalen Investitionen zur Unterstützung von kleinen und mittelständischen Unternehmen sowie der Verringerung von Kohlendioxidemissionen sind wir ein wichtiger Bestandteil des Implementierungsplans zur Realisierung der Strategie Europa 2020. Eine der besten Botschaften, die ich zum Ende meiner Amtszeit verkünden kann, ist die, dass wir bereits jetzt wissen, dass mehr als 38 Milliarden EUR für Energieeffizienz und erneuerbare Energien ausgegeben werden. Die Mitgliedstaaten haben die Botschaft verstanden und sind sogar noch weiter gegangen als verlangt. Auf diese Weise kann die EU die Ziele zum Klimawandel erreichen und die Energiesicherheit erhöhen.“

Intelligente Spezialisierung

Die reformierte Kohäsionspolitik für die Jahre 2014-2020 wird durch die Annahme untermauert, dass jede Region die besten Resultate erzielen kann, wenn zunächst ihre größten Stärken ermittelt werden. Dies ist die Annahme hinter der Strategie der intelligenten Spezialisierung.

Die intelligente Spezialisierung ist ein innovativer Ansatz für die regionale wirtschaftliche Transformation, mit dem die Regionen Investitionen in ihren Fachbereichen oder bei ihren Wettbewerbsvorteilen konzentrieren können, um so das Wachstumspotenzial zu maximieren.

„Zur Unterstützung der intelligenten Spezialisierung stellen wir Instrumente, Institutionen und Experten bereit, um die Regionen dabei zu unterstützen, eine eigene industrielle und technologische Nische im Markt zu finden.“

„Diese Strategie ist nun ein wichtiger Teil der europäischen Maßnahmen zur Unterstützung der Regionen bei der Bewältigung der Rezession“, so Hahn.

Öffentliche Investitionen

Die Finanzierung im Rahmen der Kohäsionspolitik macht nun gemeinsam mit der Kofinanzierung durch die Mitgliedstaaten einen erheblichen Teil der öffentlichen Investitionen in Europa aus. In Mitgliedstaaten wie der Slowakei, Ungarn, Bulgarien, Litauen, Estland, Malta, Lettland und Polen lag der Anteil bei über 50% der öffentlichen Investitionen in den Jahren 2010 bis 2012.

Während die Wirtschaftskrise für alle Wirtschaftsbereiche einen herben Rückschlag bedeutete, spielte die Kohäsionspolitik der EU bei der Milderung der schlimmsten Auswirkungen eine große Rolle und unterstützte viele Länder und Regionen dabei, die Situation zu überstehen.

Im Falle von Griechenland hat die Kohäsionspolitik z. B. auch die Maßnahmen der Länder für eine Strukturreform unterstützt und wird diese Entwicklung auch von 2014 bis 2020 fortsetzen, wenn Griechenland im Rahmen der Kohäsionspolitik der EU 15,5 Milliarden EUR erhält.

„Ich glaube, dass die Zahlungen unbedingt mit Bedacht eingesetzt und primär der Realwirtschaft zugute kommen müssen“, betont Hahn.

„Die Regionen sind der Schlüssel zur Erholung Griechenlands. Aus diesem Grund habe ich beschlossen, alle 13 von ihnen zu besuchen, um mein Vertrauen in das Potenzial der griechischen Regionen zu bestärken. Die Partnerschaftsvereinbarung für Griechenland für den Zeitraum 2014-2020 sieht ein Programm für jede der 13 Regionen vor.“

Makroregionale Strategien

Die Entwicklung makroregionaler Strategien steht für eine Erweiterung des Fokus der Regionalpolitik zur Integration von Mitglied- und Nicht-Mitgliedstaaten bei der Bewältigung regionaler Herausforderungen.



„Die Neuheit der makroregionalen Methode bringt Länder zusammen, um an gemeinsamen Zielen zu arbeiten. Hierzu werden Ziele definiert, Finanzierungen koordiniert und Anstrengungen vereinigt, um Zielsetzungen umzusetzen. Makroregionale Strategien ermöglichen eine deutlichere Konzentration auf die Zuweisungen vorhandener Mittel. Auf diese Weise stellen Sie eine ‚gemeinsame Denkweise‘ der verschiedenen Sektoren sicher.“

„Mit den aktuellen Strategieplanungen für den Ostseeraum, die Donau-Region und die Regionen Adria, Ionisches Meer und andere weisen wir nach, dass die makroregionalen Strategien den Rahmen zur Identifizierung kohärenter Lösungen bilden können, die für unsere Regionen von Bedeutung sind.“ Hahn betonte jedoch, dass es Sache der Mitgliedstaaten sei, den Bedarf und die Prioritäten der betroffenen Regionen zu identifizieren. Es sei ihre Aufgabe, die logistischen Ressourcen bereitzustellen, Empfehlungen abzugeben und Entscheidungen zu verfolgen.

Die Kommission werde auch weiterhin die Länder und Regionen unterstützen, aber nicht die Umsetzung übernehmen. Dies sei Sache der lokalen politischen Führer.

PEACE-Programm für Nordirland

Die Eröffnung der Friedensbrücke über den Fluss Foyle in Derry/Londonderry im Jahre 2011 war ein Symbol des Fortschritts in Richtung Frieden und Zusammenschluss in Nordirland.

Hahn wurde bei dieser Gelegenheit ein Modell der Brücke überreicht, das er stolz auf seinem Schreibtisch präsentiert.

Tatsächlich hat die EU einen massiven Beitrag zur Unterstützung des Fortschritts in Richtung der Zusammenführung und zu einer friedlichen und stabilen Gesellschaft in Nordirland geleistet. Rund 1,3 Milliarden EUR an EU-Mitteln wurden innerhalb von 18 Jahren zusammen mit nationalen Beiträgen in mehr als 20 000 Projekte investiert.

Beeindruckt durch die Fortschritte des Friedensprozesses berief Hahn im Jahre 2013 eine Konferenz ein, die eine internationale Plattform zur Weitergabe der Erfahrungen mit dem



▶LINKS: Kommissar Hahn überquert die Donau auf der neuen Widin-Calafat-Brücke. Die makroregionale Strategie (EUSDR) für den Donaauraum verbindet Regional-, Forschungs-, Verkehrs- und Umweltpolitik sowie Sicherheit, Tourismus und Wachstum, damit die Donauregion zum Leben und Arbeiten attraktiver wird.

▶RECHTS: Johannes Hahn besucht die durch die Überschwemmungen verwüstete Stadt Obrenovac in Serbien.

PEACE-Programm der EU bilden und eine Debatte darüber anregen sollte, ob diese Erfahrungen auf andere relevante Situationen in Europa und darüber hinaus anwendbar sind. Mit dieser Veranstaltung konnten vor allem die Erfahrungen Nordirlands mit dem Friedensprozess einer internationalen Zielgruppe nähergebracht werden. Die Aussagen der Redner verdeutlichten den Nutzen der Unterstützung seitens der EU.

„Es war mir eine Freude, den beiden ehemaligen Gegnern bei freundschaftlichen Gesprächen im Rahmen der Konferenz ‚Bringing Divided Communities Together‘ zuzuhören“, so Hahn.

„Diese beiden Männer sind nun Premierminister und stellvertretender Premierminister von Nordirland. Sie haben die Bedeutung der europäischen Unterstützung und den konstruktiven Ansatz zum Wiederaufbau der Gemeinschaft sowie für die Förderung des langfristigen Friedens erkannt.“

An der Konferenz nahmen laut Hahn zahlreiche Abgesandte aus anderen Problemregionen Europas teil, die die Erfahrungen aufmerksam aufnahmen und sich auch über erfolgreiche Projekte und den Heilungs- und Vereinigungsprozess informierten.

Katastrophenhilfe

Die Unterstützung der europäischen Regionen bedeutet auch, in Krisenzeiten zu helfen. Seit zehn Jahren ist die EU ein wichtiger Helfer bei Naturkatastrophen, die in ganz Europa stattgefunden haben. Diese reichen von Überschwemmungen bis hin zu Erdbeben und Waldbränden.

Diese Hilfe war durch den EU-Solidaritätsfonds möglich, der zum Wiederaufbau nach einer Katastrophe beiträgt. Mehr als 3,6 Milliarden EUR wurden aus dem EU-Solidaritätsfonds beigesteuert, um Millionen von Menschen in 23 Mitgliedstaaten zu helfen. Darüber hinaus wurden rund 6,5 Milliarden EUR für den Katastrophenschutz aufgewendet.

Der Fonds war beispielsweise aktiv am Wiederaufbau nach dem Erdbeben in den italienischen Abruzzen beteiligt, das die Infrastruktur, öffentliche Gebäude, Wohnungen und Unternehmen in der Region zerstört hatte.

Kürzlich leistete der Fonds Hilfe in den von Überschwemmungen heimgesuchten Gebieten des Balkans. Mittel aus dem EU-Solidaritätsfonds werden verwendet, um Teile von Serbien nach der Katastrophe wieder aufzubauen.

„Obwohl Serbien nur ein Kandidat für die EU-Mitgliedschaft ist, wird das Land bereits wie ein Mitgliedstaat behandelt“, so Hahn. Unter der Leitung von Hahn wurde auch der Fonds reformiert. Diese von den Mitgliedstaaten und vom Europäischen Parlament vereinbarten Reformen traten in diesem Juni in Kraft und machen die Nutzung des Fonds einfacher, schneller und reaktionsfreudiger, um die Anforderungen eines Mitgliedstaates/einer Region im Katastrophenfall besser erfüllen zu können.

Zukünftige Herausforderungen

„Mehr als zwei Drittel der EU-Bürger leben nun in Städten. Es ist wichtig, der Rolle urbaner Zentren in den kommenden Jahren mehr Raum in der Kohäsionspolitik einzuräumen“, so Hahn. „Hierzu beginnen wir mit der Entwicklung einer urbanen Agenda.“

Ein weiterer Bereich umfasst das Gesundheitswesen, Finanzierungen im Gesundheitswesen und Pensionen. Dieser Bereich wird nach Ansicht von Hahn zukünftig erheblich an Bedeutung gewinnen.

„Mit einer alternden Bevölkerung steigt auch der Druck auf öffentliche Budgets. Dies ist jedoch ein Bereich, in dem strategische Investitionen im Rahmen der EU-Kohäsionspolitik sehr wertvoll sein können.“

„Neue Technologien und die weitreichende Verbreitung von Telemedizin und Behandlungen außerhalb von Krankenhäusern können die Belastung der medizinischen Infrastruktur verringern.“

„Solche Ansätze, die von der Kohäsionspolitik unterstützt werden, könnten zur Verringerung der finanziellen Belastungen im Gesundheitswesen beitragen.“

Regionale Finanzierungen haben im Laufe der Jahre erheblichen Nutzen für die europäische Wirtschaft erbracht. Millionen neuer Arbeitsplätze wurden geschaffen, ganze Regionen wurden durch neue Autobahnen, Eisenbahnlinien und Häfen erschlossen und es wurden Investitionen in neue, kleine Unternehmen getätigt. Die neue Reform ist sehr viel mehr als eine Subventionsquelle. Es ist ein Investitionsinstrument für Europa 2020. Diese Richtlinien werden sich mit den Anforderungen weiterentwickeln.

► KOHÄSIONSPOLITIK FÖRDERT INNOVATION UND UMWELTVER- TRÄGLICHES WACHS- TUM IN EUROPA





Die neueste Analyse der Kommission zur Leistung der Kohäsionspolitik, die im 6. Kohäsionsbericht veröffentlicht wurde, zeigt, dass diese Politik eindeutig die Auswirkungen der Wirtschaftskrise mildert, nachhaltige staatliche Investitionen stützt und die Neugründung von Unternehmen fördert. Die Kohäsionspolitik hat sich auch zum primären gesamteuropäischen Instrument zur Förderung von Investitionen in den Bereichen Energieeffizienz, Schaffung von Arbeitsplätzen und Unterstützung von KMU entwickelt.

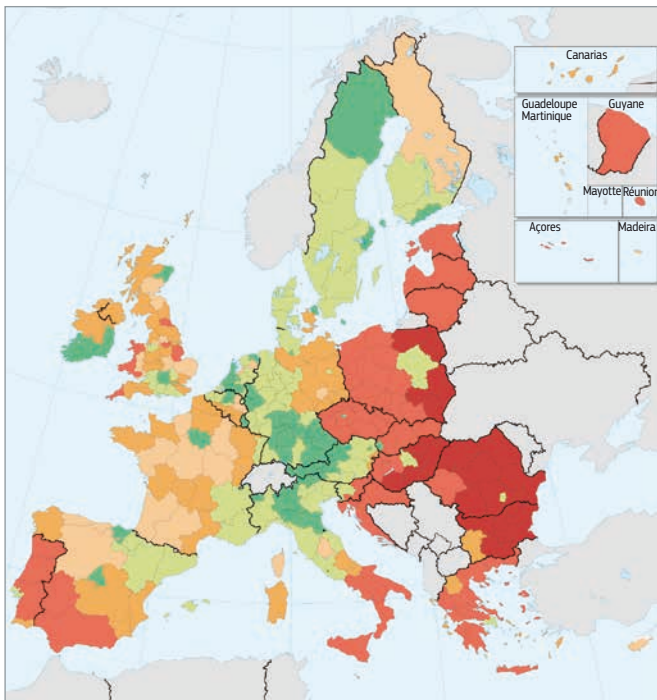
Finanzielle Unterstützung durch Kohäsionspolitik fokussierte sich anfangs auf weniger entwickelte Regionen, verlagert sich heute aber weg von Investitionen in materielle Infrastruktur und hin zu den Feldern Unternehmensförderung, Innovation, Beschäftigung und soziale Integration. Die geografische Abdeckung wurde dadurch vereinfacht, dass alle Regionen Anspruch auf Unterstützungsmaßnahmen haben.

Zusätzlich zur Minderung des wirtschaftlichen Ungleichgewichts der verschiedenen EU-Regionen wurde eine bessere Ausrichtung der Kohäsionspolitik an der Gesamtstrategie der EU erzielt. Im neuen Programmplanungszeitraum 2014-2020 ist Kohäsionspolitik ein integraler Bestandteil der Strategie Europa 2020, mit einem starken Fokus auf Innovation, Beschäftigung, Nachhaltigkeit sowie Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung.

Veränderter wirtschaftlicher Hintergrund

Der Bericht erscheint zu Beginn eines neuen 7-Jahres-Programmplanungszeitraums für Kohäsionspolitik – zu einem Zeitpunkt, an dem sich, im Vergleich zum Start des vergangenen Zeitraums im Jahr 2007, die Situation in der EU dramatisch verändert hat.

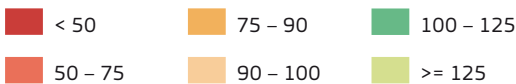
Zur damaligen Zeit durchlebte die EU noch eine nachhaltige Phase des Wirtschaftswachstums. Die Einkommen wie auch die Beschäftigungsquoten und staatlichen Investitionen stiegen, Armut und soziale Ausgrenzung waren auf dem Rückzug und regionale Unterschiede nahmen ab. Seit 2008 machte die Wirtschaftskrise einen Großteil des bisher Geleisteten zunichte: sie führte zu einem Anstieg der Staatsverschuldung, zu wachsender Arbeitslosigkeit und gleichzeitig zu einem geringeren Pro-Kopf-Einkommen für viele Menschen. Zugleich haben sich Armut und soziale Ausgrenzung stärker verbreitet.



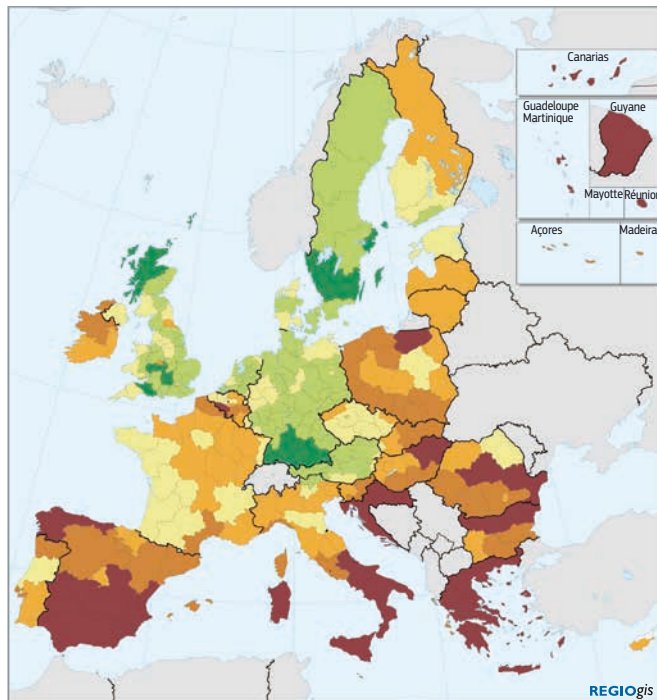
© EuroGeographics Association for the administrative boundaries

► PRO-KOPF-BIP (PPS), 2011

DAS BRUTTOINLANDSPRODUKT (BIP) PRO KOPF, AUSGEDRÜCKT IN KAUFKRAFTSTANDARDS (KKS), IST DIE SUMME ALLER PRO EINWOHNER PRODUZIERTEN GÜTER UND DIENSTLEISTUNGEN. Index EU-28 = 100



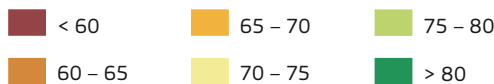
Quelle: Eurostat



© EuroGeographics Association for the administrative boundaries

► BESCHÄFTIGUNGSQUOTE 2013 (20-64)

PROZENTSATZ DER BEVÖLKERUNG, 20- BIS 64-JÄHRIGE



Hinweis: EU-28 = 68,3
Das Europa 2020-Ziel ist 75 %.
Quelle: Eurostat

Erfolgsbilanz 2007-2013

Die Kohäsionspolitik im Zeitraum 2007-2013 trug trotzdem wesentlich zu Wachstum und Schaffung von Arbeitsplätzen bei. Laut den neuesten Zahlen schuf die Kohäsionspolitik annähernd 600000 Arbeitsplätze und unterstützte nahezu 80000 Firmen-neugründungen. Sie führte zu Investitionen in 25800 km Stra-ßennetz und 2700 km Eisenbahn-Schienennetz. Sie verhalf 5,7 Millionen Menschen zu neuer Beschäftigung und 8,6 Milli-onen zu beruflichen Qualifikationen.

Es wird angenommen, dass Investitionen im Zuge der Kohäsi-onspolitik einen Anstieg des BIP um durchschnittlich 2,1 % pro Jahr in Lettland, 1,8% pro Jahr in Litauen und 1,7% pro Jahr in Polen zur Folge hatten. Darüber hinaus ist davon auszuge-hen, dass der Beschäftigungsstand um 1% pro Jahr in Polen, 0,6% in Ungarn sowie um 0,4% in der Slowakei und in Litauen zugenommen hat.

Die Kohäsionspolitik hatte einen Langzeiteffekt auf das Ent-wicklungspotenzial dieser Volkswirtschaften. In Litauen und Polen wird das BIP im Jahr 2020 schätzungsweise um mehr als 4% und in Lettland um mehr als 5% höher ausfallen als ohne die jeweiligen Investitionen.

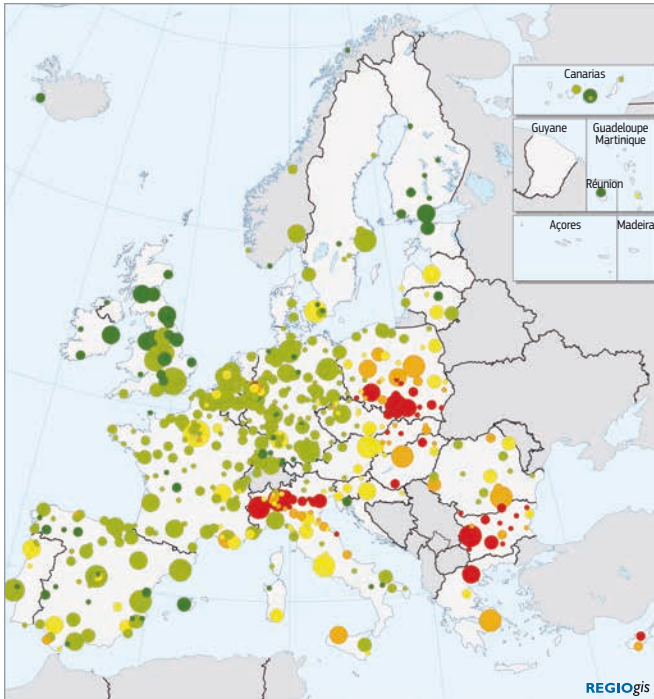
Nachhaltigkeit bei staatlichen Investitionen

Die Kohäsionspolitik hat die dramatische Kürzung bei staat-lichen Investitionen in Europa abgefedert. Sie war für die Nachhaltigkeit bei den Staatsausgaben in lebensnotwen-digen Bereichen von Bedeutung, z. B. bei Forschung und Ent-wicklung, Unterstützung von KMU, nachhaltiger Energie, Personalentwicklung und sozialer Integration.

In den meisten Mitgliedstaaten wies der Staatshaushalt wäh-rend der Krise ein beträchtliches Defizit auf und die Staats-schulden stiegen dramatisch an, in einigen Fällen auf mehr als 100% des BIP. Der Verfall der Staatsfinanzen führte zu umfassenden Haushaltskürzungen (Konsolidierungskurs) und viele Regierungen nahmen deutliche Reduzierungen bei den staatlichen Investitionen vor.

Im Durchschnitt fielen die staatlichen Investitionen in der EU zwischen 2008 und 2013 effektiv um 20%, in Griechenland, Spanien und Irland sogar um über 60%. In den EU-12-Ländern⁽¹⁾, in denen Fördermittel im Rahmen der Kohäsions-politik von besonderer Bedeutung sind, gingen sie um 32%

(1) Die Staaten, die 2004 und 2007 der EU beigetreten sind.



© EuroGeographics Association for the administrative boundaries

► KONZENTRATION DER LUFTVERSCHMUTZUNG (PARTIKEL – PM₁₀), 2011

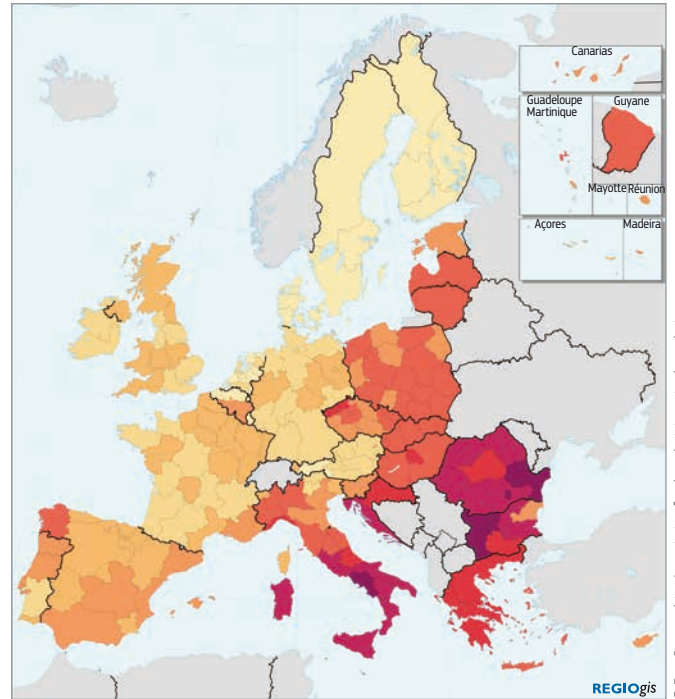
DURCHSCHNITTliche KONZENTRATION PRO TAG (µg/m³)

- < 21
- 21 – 31
- 31 – 44
- 44 – 67
- > 67

STADTBEVÖLKERUNG

- < 100 000
- 100 001 – 250 000
- 250 001 – 500 000
- 500 001 – 1 000 000
- 1 000 001 – 5 000 000
- > 5 000 000

Hinweis: Von Messstationen innerhalb der Stadtgrenzen aufgezeichneter Durchschnitt.
Quelle: EUA, Europäische Kommission



© EuroGeographics Association for the administrative boundaries

► EUROPÄISCHER INDEX DER REGIERUNGSQUALITÄT, 2013

STANDARDABWEICHUNG, REICHT VON SCHLECHTER QUALITÄT (NEGATIV) ZU HOHER QUALITÄT (POSITIV)

- | | | |
|-----------------|-----------------|---------------|
| ■ < -1,75 | ■ -0,75 – -0,25 | ■ 0,75 – 1,25 |
| ■ -1,75 – -1,25 | ■ -0,25 – 0,25 | ■ < 1,25 |
| ■ -1,25 – -0,75 | ■ 0,25 – 0,75 | |

Quelle: ANTICORRP, basierend auf Daten der Weltbank und einer Umfrage zur regionalen Regierungsqualität, Charron, N. et al. (2014)

zurück. Unter der Annahme, dass lokale und regionale Regierungen in der EU für fast zwei Drittel der gesamten staatlichen Investitionen verantwortlich sind, waren diese von den Folgen erheblich betroffen.

Diese Kürzungen führten bei der Finanzierung von wachstumsfördernden Investitionen zu erhöhter Abhängigkeit von der Kohäsionspolitik. Im Zeitraum zwischen 2010 und 2012 entsprach das Fördervolumen im Rahmen der Kohäsionspolitik 21% der staatlichen Investitionen in der gesamten EU. In Summe entsprach dies für alle Kohäsionsländer 57% und in der Slowakei, Ungarn, Bulgarien sowie Litauen mehr als 75%. Ohne diese Mittel wären die staatlichen Investitionen in weniger entwickelten Mitgliedstaaten noch weiter gesunken.

Förderung für Beschäftigung und Unternehmen

Es gibt eindeutige Belege dafür, dass mit Mitteln aus der Kohäsionspolitik konkrete Ergebnisse in vielen wichtigen Bereichen erzielt worden sind. Bis Ende 2012 erhielten mehr als 60 000 Projekte aus Forschung und Entwicklung und mehr als 21 500 Kooperationen zwischen Unternehmen und Forschungszentren Förderungen.

Zwischen 2007 und 2012 unterstützte die Kohäsionspolitik bis zu 68 Millionen Menschen in Arbeitsmarktprogrammen. Davon waren 35 Millionen Frauen, 21 Millionen junge Menschen, 22 Millionen Arbeitslose und fast 27 Millionen Menschen mit niedrigem Bildungsniveau (Pflichtschulzeit oder weniger). Diese Politik verhalf 5,7 Millionen Menschen zu neuer Beschäftigung und fast 8,6 Millionen Menschen zu Qualifikationen.

Zusätzlich ermöglichten die Fördermittel, dass weitere über 5 Millionen Menschen mit Breitbandzugang, 3,3 Millionen mit verbesserter Trinkwasserversorgung und 5,5 Millionen mit Hauptkanalisation und Anschluss an Abwasseraufbereitungsanlagen versorgt wurden. Weitere wichtige Ergebnisse aus den Programmen von 2007-2013 sind noch aus den verbleibenden Monaten bis Ende 2015 zu erwarten.

Wachsende Ungleichheit

Trotz dieser positiven Auswirkungen und Trends bleibt die große Ungleichheit der Regionen aus vielfältigen Gründen bestehen. In den vergangenen fünf Jahren haben sich die regionalen Unterschiede bei Beschäftigung und Arbeitslosenquoten erweitert und die Ungleichheit beim Pro-Kopf-BIP hat



► Das 6. Kohäsionsforum fand im September in Brüssel statt. Das Thema lautete „Investitionen in Beschäftigung und Wachstum: Förderung von Entwicklung und guter Governance in den Regionen und Städten der EU“.

sich nicht mehr verringert. Diese Entwicklung bedeutet, dass die Ziele von Europa 2020 im Hinblick auf Beschäftigung und Armut heute erheblich weiter weg sind als angenommen und dass es massiver Anstrengungen in den kommenden Jahren bedarf, damit diese vor dem Hintergrund beträchtlicher Haushaltsengpässe erreicht werden können.

Auswirkung der Wirtschaftskrise

Die ersten Auswirkungen der Wirtschaftskrise wurden auf dem Bausektor und in der verarbeitenden Industrie sichtbar, bei denen als Ergebnis des Kollapses der Immobilienblase in einigen Mitgliedstaaten und als Folge der sinkenden globalen Nachfrage in der verarbeitenden Industrie die Beschäftigung kräftig sank.

In der letzten Zeit haben wachsende Weltmärkte und ein zunehmender Export ein begrenztes Wachstum in der verarbeitenden Industrie ausgelöst. Dies ist von besonderer Bedeutung für viele mittel- und osteuropäische Mitgliedstaaten, bei denen die verarbeitende Industrie einen größeren Anteil an Beschäftigung und Wertschöpfung hat.

Die territorialen Auswirkungen der Krise waren unterschiedlich. Im größten Teil der EU zeigten sich Ballungsgebiete anfällig gegen Höhen und Tiefen, während ländliche Gebiete sich insgesamt als robuster herausstellten.

„Der Bericht weist eindeutig nach, dass Kohäsionspolitik zu einem modernen und flexiblen Werkzeug wurde, das auf die unterschiedlichen Herausforderungen der Europäer abzielt. Es ist jetzt Europas Investitionsinstrument: reaktiv bei Krisen, aber strategisch bei der Förderung von Wachstum und der Schaffung dringend benötigter Arbeitsplätze. Tatsächlich gehören große Subventionen für Straßen und Brücken der Vergangenheit an, da viele Mitgliedstaaten die Infrastrukturlücken schließen. Investitionen mit Fokus auf Innovation und umweltverträgliches Wachstum schaffen dauerhaft Arbeitsplätze und stärken die Wettbewerbsfähigkeit unserer Regionen.“

JOHANNES HAHN – EU-KOMMISSAR FÜR REGIONALPOLITIK

In den EU-15-Ländern⁽²⁾ zeigten zweitrangige Ballungsgebiete durchschnittliche Leistungen. In EU-13-Ländern⁽³⁾, übertraf die Leistung dieser Gebiete die der anderen Regionen. Die ländlichen Regionen der EU-15 verzeichneten zwischen 2008 und 2011 wegen des höheren Zuwachses an Produktivität geringere Rückgänge des BIP als andere Regionen. In den EU-13-Ländern bedeutete höheres Produktivitätswachstum auch, dass sich das Ausmaß der Wachstumslücke dem der anderen Regionen annäherte.

Nachhaltigkeit bei Investitionen in Forschung und Entwicklung

Das Verhältnis von Forschung und Entwicklung zum BIP ist während der Wirtschaftskrise nicht gesunken und in den letzten ein bis zwei Jahren sogar gestiegen, allerdings nicht stark genug, um das Ziel von 3% für das Jahr 2020 zu erreichen. Jedoch ist die Innovation weiterhin räumlich stark konzentriert und es gibt keine Anzeichen dafür, dass eine Ausbreitung auf hinterherhinkende Gebiete stattfindet.

Die Investitionen in das Transportwesen und in die digitale Infrastruktur haben die Defizite dieser Netzwerke in vielen ländlichen Bereichen und weniger entwickelten Regionen

(2) Die EU-Mitgliedstaaten vor 2004.

(3) Die EU-12 und Kroatien.

vermindert. Der Zugang zum Internet mit Hilfe von Technologie der nächsten Generation führt jedoch zu neuen Herausforderungen für ländliche Gebiete, in denen diese Technologie praktisch nicht vorhanden ist.

Die Wirtschaftskrise führte innerhalb der gesamten EU zu einschneidenden Kürzungen im Handel und bei ausländischen Direktinvestitionen, die wichtige Wachstumsquellen für weniger entwickelte Mitgliedstaaten darstellen. Glücklicherweise zeigten die Exporte der EU-13 in andere EU-Länder eine deutliche Erholung und haben nun einen höheren Anteil am BIP dieser Länder als vor der Krise. Ausländische Direktinvestitionen legten ebenfalls zu.

Die Krise machte die Hälfte des Beschäftigungszuwachses zunichte, der zwischen 2000 und dem Beginn der Rezession erreicht wurde, insbesondere in den südlichen Mitgliedstaaten. Als Ergebnis liegen in Übergangs- und weniger entwickelten Regionen die Beschäftigungsquoten ungefähr 10% unter dem Staatsziel. In den stärker entwickelten Regionen liegen sie nur 3% darunter. Die Zuwachsraten bei der Arbeitslosigkeit waren in diesen Regionen ebenfalls höher: im Durchschnitt 5% zwischen 2008 und 2013, verglichen mit 3% in stärker entwickelten Regionen.

Armut und soziale Ausgrenzung

Eine weitere Hinterlassenschaft der Wirtschaftskrise ist die erhöhte Bedrohung durch Armut und soziale Ausgrenzung. Zwischen 2009 und 2012 wuchs die Zahl der durch Armut oder Ausgrenzung bedrohten Menschen um 9 Millionen, wobei dieser Zuwachs besonders in Griechenland, Spanien, Italien und Irland deutlich wurde. Das Armutsrisiko ist in den Städten der weniger entwickelten Mitgliedstaaten tendenziell viel geringer als im restlichen Land. In den Städten der stärker entwickelten Mitgliedstaaten ist das Gegenteil der Fall.

Die Krise hatte unterschiedliche Auswirkungen auf die Umwelt. Der Rückgang bei Wirtschaftstätigkeit und Einkommen vereinfachte die Reduzierung von Treibhausgasen, obwohl die Energieeffizienz nicht nennenswert verbessert wurde. Daher wird sich dieser Rückgang bei steigender Nachfrage wohl ins Gegenteil verkehren. Infolgedessen werden mehr Investitionen benötigt, um die Ziele für 2020 zu erreichen.

Auswirkung auf Ballungsgebiete

Obwohl Städte als Antriebskräfte für Innovation und Wachstum bekannt sind, haben sie bezüglich des Beschäftigungsverlusts während der Krise mehr gelitten als andere Gebiete. Stadtbewohner sind in vielen Mitgliedstaaten auch einer höheren Bedrohung durch Armut und soziale Ausgrenzung ausgesetzt.

Die städtische Dimension des nachhaltigen Wachstums hat viele Kontraste. Einerseits ist die Luftqualität in vielen Städten mangelhaft und wird durch dichten Verkehr noch verschlimmert.

Außerdem sind Städte wegen des Wärmeinsel-Effekts anfälliger für Hitzewellen und in vielen Fällen, wegen ihrer Nähe zu Flüssen und Seen, auch anfälliger für Überflutungen.

Andererseits bieten Städte entscheidende Vorteile bezüglich Umwelteffizienz, da die Nähe zu verschiedenen Örtlichkeiten die Notwendigkeit langer Fahrten reduziert. Darüber hinaus sind in Städten öffentliche Verkehrsmittel stärker präsent, die eine Beförderungsart mit mehr Energieeffizienz darstellen, und Menschen in der Stadt verbrauchen im Durchschnitt weniger Energie zum Beheizen ihrer Wohnungen.

Politische Steuerung

Während die Länder in Nordeuropa in Umfragen zur politischen Steuerung und zur Erleichterung der Geschäftstätigkeit gut abschneiden, gibt es immer noch zu viele Mitgliedstaaten, in denen der Standard staatlicher Behörden niedrig eingestuft wird und bei denen eine erhebliche Anzahl an Menschen über die Zahlung von Bestechungsgeldern berichtet. Neue Forschungen haben ergeben, dass sich die leichte Durchführung der Geschäftstätigkeit und die Qualität der Institutionen auch innerhalb von Ländern vielfältig unterscheiden, was den Schluss zulässt, dass mehr gezielte Interventionen notwendig sein könnten, um die Situation in rückständigen Gebieten an die Anforderungen anzupassen. Forschungen haben ebenfalls ergeben, dass Probleme mit der Regierungsführung als Bremse der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung wirken können und die Auswirkung von Investitionen im Rahmen der Kohäsionspolitik begrenzen.

Fokus Europa 2020

Der im Jahr 2011 veröffentlichte vorherige Kohäsionsbericht unterstreicht den Bedarf an Investitionen, die stärker an der Strategie Europa 2020 orientiert sind, strengere Voraussetzungen aufweisen und besser nachweisbare Ergebnisse liefern. Die heutige reformierte Kohäsionspolitik für 2014-2020 mit ihrem sehr strategisch ausgerichteten Ansatz wurde auf Basis dieser Empfehlungen entwickelt. Neue Regeln und Voraussetzungen für Finanzierungen stellen sicher, dass der richtige rechtliche und makroökonomische Rahmen vorhanden ist, damit die Kohäsionspolitik eine noch größere Wirkung erzielt.

Obwohl die letzte Wirtschaftskrise für eine Ausweitung regionaler Wachstumsungleichheiten gesorgt hat, geht aus den nationalen Zahlen und Prognosen des 6. Berichts eine Trendwende hervor, die zum Teil auf die gezielteren Investitionen im Rahmen der Kohäsionspolitik zurückzuführen ist.

►MEHR DAZU

http://ec.europa.eu/regional_policy/cohesion_report

▶ OFFENE DATEN UND KOHÄSIONSPOLITIK

FÖRDERUNG VON TRANSPARENZ UND LEISTUNG

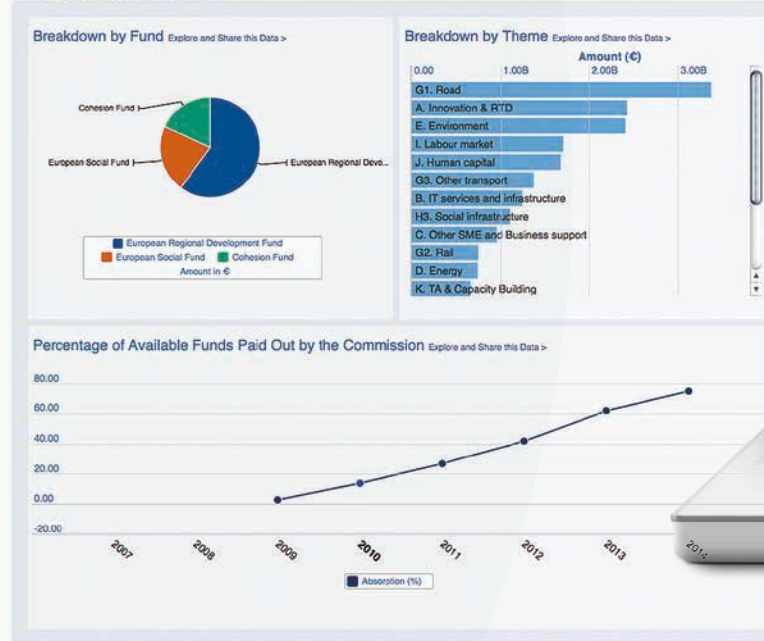
Was sind offene Daten? Staatliche Behörden auf der ganzen Welt erzeugen und sammeln riesige Datenmengen. Beispiele: staatliche Statistiken, Etainformationen, parlamentarische Aufzeichnungen, geografische Daten, Gesetze und Daten über verschiedene Politikthemen. In den letzten Jahren ergriffen viele staatliche Behörden die Initiative zur Offenlegung von Daten, die sie aufbewahren, um Transparenz und Zuverlässigkeit zu fördern und neue Arten von wirtschaftlicher Aktivität zu erzeugen.

Offene Daten zur EU-Kohäsionspolitik

Die Bestimmungen zur Information und Kommunikation für den Finanzierungszeitraum 2014-2020 enthalten eine Anforderung, dass die Verwaltungsbehörden Details der Begünstigten von EU-Mitteln in einem offenen und zugänglichen Format veröffentlichen⁽¹⁾.

Zudem setzen der verstärkte Fokus auf Ergebnisse aus der reformierten EU-Kohäsionspolitik sowie der Leistungsrahmen der neuen Betriebsprogramme hauptsächlich auf die Sammlung und Veröffentlichung von Daten über den Fortschritt im Hinblick auf vereinbarte Ziele.

Available Budget 2007-2013



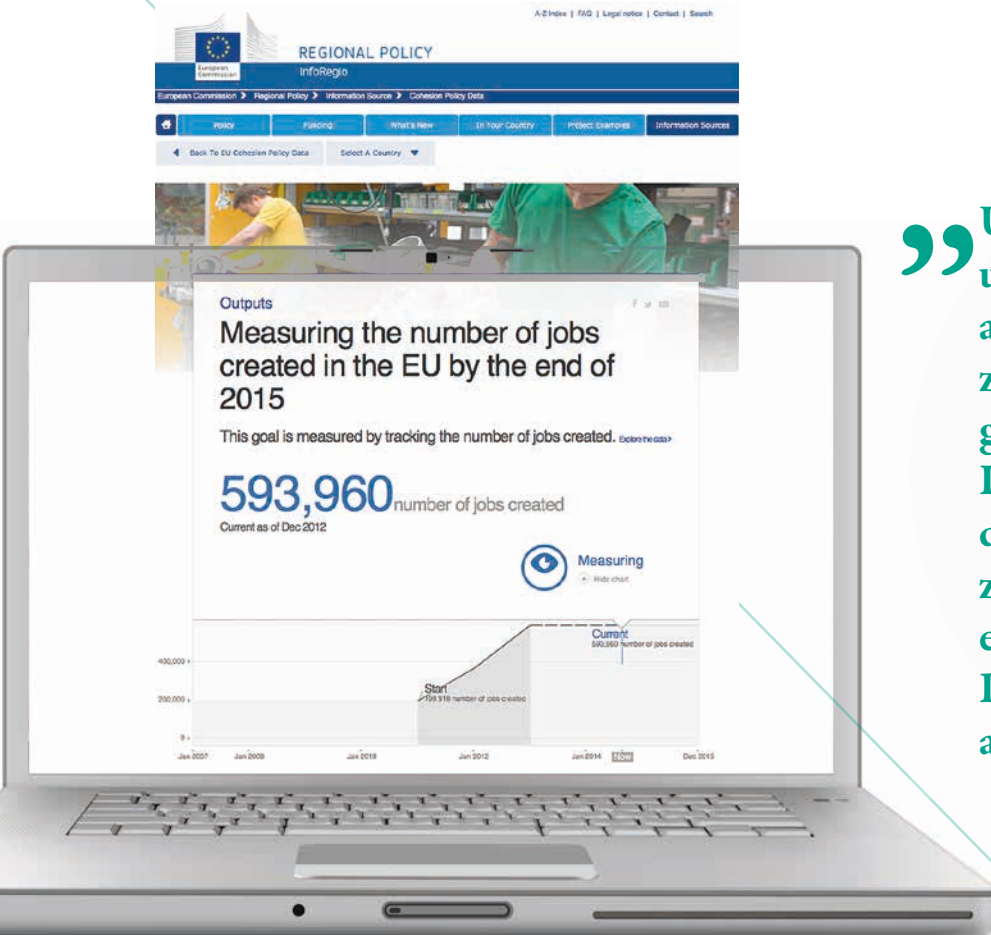
Die neue offene Datenplattform zur EU-Kohäsionspolitik

Im Juli 2014 hat die Europäische Kommission eine neue offene Datenplattform eingeführt, die einen neuen Einblick in die Leistungen der Kohäsionspolitik bietet.

Die Plattform enthält Informationen zu den von den einzelnen Mitgliedstaaten erzielten Ergebnissen, basierend auf den Berichten, welche die nationalen Behörden bei der Kommission einreichen. Sie zeigt, wie die Finanzmittel zwischen den Ländern, Kategorien von Regionen und verschiedenen Fonds verteilt sind und schlüsselt sie nach thematischen Zielen auf. Die Plattform enthält eine Reihe interaktiver Karten mit Daten zum sozio-ökonomischen Kontext und zu den spezifischen Herausforderungen, denen sich Europas Regionen gegenübersehen. Grundlage dafür sind die Zahlen des *Sechsten Berichts über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt*, den die Kommission veröffentlicht hat (siehe Artikel auf Seite 8).

Die offene Datenplattform zur EU-Kohäsionspolitik will eine interaktive Erfahrung bieten und das Engagement stärken. Die Nutzer können die Daten mit Hilfe einer Vielzahl von Karten und Diagrammen untersuchen, ihre eigenen Visualisierungen erstellen, Datensätze in verschiedenen Formaten

(1) Artikel 115(2) der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013, der Verordnung mit den gemeinsamen Bestimmungen.



„**Unsere Reform... versetzt uns in die Lage, Ergebnisse auf europäischem Niveau zusammenzustellen, und gibt uns die notwendigen Informationen an die Hand, die auf einfache und überzeugende Art und Weise erklären, was bei dieser Politik den Unterschied ausmacht.**“

JOHANNES HAHN – EU-KOMMISSAR FÜR REGIONALPOLITIK

herunterladen, die über die Plattform präsentierten Daten kommentieren sowie darüber diskutieren und Feedback geben. Sie können auch Datensätze über soziale Medien weiterleiten sowie Grafiken und Diagramme in ihre eigenen Blogs und Websites einbetten. Darüber hinaus haben die Nutzer die Möglichkeit, sich automatisch informieren zu lassen, wenn neue Daten hochgeladen werden.

Was ist neu?

Die offene Datenplattform zur EU-Kohäsionspolitik soll die Debatte über die Leistung von laufenden Programmen fördern.

Die Plattform wurde im Sechsten Kohäsionsforum vom 8.-9. September in Brüssel vorgestellt und gab Entscheidern und Interessenvertretern eine wichtige Gelegenheit, darüber zu diskutieren, wie Mittel aus der Kohäsionspolitik die wirtschaftlichen Aussichten und die Lebensqualität der Menschen in Europa verbessern können. Die Ausgabe 2014 der OPEN DAYS, der Europäischen Woche der Regionen und Städte, richtet auch einen starken Fokus auf regionale Statistiken, einschließlich eines speziellen Workshops über Kohäsionspolitik und offene Daten. Dieser Workshop betrachtet ebenfalls, wie Regionen und Städte offene Daten verwenden, um das Angebot an lokalen Dienstleistungen zu

verbessern und das Engagement der Einwohner in Politikgestaltung zu fördern.

Die neuen Zahlen zu den Ergebnissen, die durch die Mitgliedstaaten im Jahresdurchführungsbericht 2013 berichtet wurden, werden über die offene Datenplattform zur Kohäsionspolitik im Herbst 2014 veröffentlicht. Die Kommission wird die Plattform ebenfalls verwenden, um die Daten über den Programmplanungsprozess 2014-2020 verfügbar zu machen (finanzielle Zuordnungen, Ziele und Indikatoren usw.), wenn die neuen operationellen Programme genehmigt sind.

Beachten Sie diesen Bereich und verwenden Sie bitte die interaktiven Funktionen der Plattform zur Freigabe, für Kommentare und Feedback.

▶ MEHR DAZU
<https://cohesiondata.ec.europa.eu/>

▶ ÖKONOMISCHE AUSRICHTUNG DER GRIECHISCHEN PARTNERSCHAFTSVEREINBARUNG

KOHÄSIONSPOLITIK ZUR UNTERSTÜTZUNG DES WIRTSCHAFTLICHEN STRUKTURWANDELS UND ZUR ERWIRKUNG VON MEHR PRIVATEN INVESTITIONEN



Griechenland ist nach Dänemark und Deutschland das dritte Land, dessen ESIF-Partnerschaftsvereinbarung (PA) am 23. Mai 2014 von der Kommission angenommen wurde. Panorama sprach mit Georges Yannoussis, seit August 2012 Generalsekretär für öffentliche Investitionen und ESIF, mit Sitz im Ministerium für Entwicklung

und Wettbewerbsfähigkeit in Athen. Die Vorgehensweise zur Vorbereitung und Einreichung des Entwurfs einer Partnerschaftsvereinbarung (PA) wurde von Yannoussis unter der Leitung des ehemaligen Entwicklungsministers Hatzidakis koordiniert.

▶ Wann hat Griechenland seine PA ausgearbeitet? Wie wurde der Vorbereitungsprozess organisiert? Was waren die wesentlichen Stärken und Schwächen des Systems?

Das Ministerium für Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit und das Generalsekretariat für öffentliche Investitionen des NSRF (GSPI-NSRF) als kompetente Autorität bei der Koordination der Vorbereitungen für die neue PA waren gemeinsam mit Entscheidungsträgern der nationalen und Regionalpolitik sowie mit Partnern und Interessensgruppen in den jeweiligen territorialen und thematischen Feldern für die Einführung und Koordination des Beratungsprozesses zuständig.

Das Ministerium versendete Rundschreiben (April 2012, März 2013) zur Koordination des Beratungsprozesses und zur Erarbeitung der PA. Die zuständigen Stellen und sämtliche relevanten Interessensgruppen auf nationaler, sektoraler und regionaler Ebene erarbeiteten die wichtigsten strategischen Vorschläge für die Entwicklung unseres Landes während des neuen Programmzeitraums. Gleichzeitig wurden in jeder Region eine nationale Entwicklungskonferenz, 13 Regional-Konferenzen sowie Workshops für Forschungs- und Innovationsstrategien für intelligente Spezialisierung (RIS3) organisiert. Weitere relevante Ministerien richteten zudem eigene Entwicklungskonferenzen aus.

In einer intensiven und fruchtbaren Beratungsperiode zählten zu den wichtigsten berücksichtigten Angelegenheiten die Ermittlung der Entwicklungsbedürfnisse auf sektoraler/regionaler Ebene, die Analyse der thematischen Prioritäten, die territorialen Herausforderungen und die Umsetzung historischer Prinzipien. Parallel zum gesamten Beratungsprozess wurden Expertenberichte in den jeweiligen Bereichen zugewiesen und eingesetzt.

▶ Inwiefern ist die griechische PA das Ergebnis einer Partnerschaft zwischen den wichtigsten Beteiligten (Ministerien, Regionen, Städte, Unternehmen, Akademiker, Nichtregierungsorganisationen usw.)?

Neben den Ministerien, Regionen und Kommunen nahmen zahlreiche weitere Einrichtungen, Institutionen und Organisationen an der Beratung teil. Außerdem müssen wir berücksichtigen, dass die Beratung parallel von den zuständigen Ministerien und Regionen sowie einer größeren Bandbreite

► Sanierung der Strandpromenade von Thessaloniki, der zweitgrößten Stadt Griechenlands.



► Die Foundation for Research and Technology-Hellas (FORTH) mit Sitz in Heraklion ist eines der größten Forschungszentren in Griechenland.



an Akteuren durchgeführt wurde, darunter den Ministerien und Regionen unterstehende Einrichtungen, Nichtregierungsorganisationen, Entwicklungsorganisationen vor Ort, Umweltagenturen, Sozialpartner, Bildungseinrichtungen, Branchenvertreter, Verbände, Forschungsinstitutionen usw.

Endprodukt des Beratungsprozesses auf dieser Ebene (z. B. Einsatz von Fragebögen, Entwurf bestimmter Informations- und Beratungswebsites, Organisation von Beratungstreffen und thematischen Gruppen, Zusammenstellung von Arbeitsgruppen zur Planung der neuen OPs, Organisation von Informationstagen usw.) waren die Vorschläge, die im Auftrag der Ministerien und Regionen an das Ministerium für Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit eingereicht wurden, auf Grundlage der mit den per Rundschreiben dargelegten Anweisungen.

Wir sehen die Beratung als fortlaufenden, kontinuierlichen Prozess, der erhebliche Auswirkungen in den Bereichen Umsetzung, Überwachung und Auswertung der neuen operationellen Programme hat.

► Wie würden Sie den Beitrag der Kommissionsdienststellen zu den Verhandlungen Ihres Landes beurteilen?

Die Kommission entwickelte ihre Dienstleistungen angesichts der Herausforderungen und Komplexität, die die Vorbereitung der PA mit sich bringt. Das im November 2013 erstellte Positionspapier gab den Anstoß zur Aufteilung der Prioritäten in einheitliche Gruppen mit Zielen und Vorgehensweisen. Die Unterstützung von Mitarbeitern und Experten der Kommission

zur Integration der Prinzipien und Methoden für eine intelligente Spezialisierung und „Entrepreneurial Discovery“ auf nationaler und regionaler Ebene war sehr wertvoll und wird weiterhin fortgeführt. Die Anmerkungen und Beobachtungen der Kommissionsmitarbeiter bezüglich inoffizieller Versionen der PA waren ebenfalls sehr hilfreich. Schließlich wurde in den 24-stündigen Verhandlungen der letzten Woche, die vor der offiziellen Genehmigung der PA zwischen nationalen Autoritäten und den kompetenten Mitarbeitern der GD Regionalpolitik und Stadtentwicklung stattfanden, der gemeinsame Wille zur Schaffung eines allgemein akzeptierten Dokuments gezeigt, das kompatibel mit den Strategien beider Parteien ist.

Andererseits können wir die Probleme, die aus den komplexen Aspekten der ESIF-Bestimmungen, der staatlichen Beihilfen, der für die Einsendung der PA-Entwürfe oder OPs zu verwendenden „Vorlagen“ und sonstiger Regeln und Richtlinien der Kommission entstehen, nicht ignorieren.

► In welchem Ausmaß wurden die PA und die OPs durch diese Arbeit als Gemeinschaftsaufgabe entwickelt?

Die PA wurde von der zentralen Spezialeinheit für strategische Planung und Bewertung von Entwicklungsprogrammen vorbereitet, unter der Leitung des Generalsekretärs und des Ministers sowie unter Mitarbeit einiger externer Experten und Berater aus dem Kabinett des Ministers. Die OPs werden von den Verwaltungsbehörden vorbereitet: die sieben nationalen OPs werden den Verwaltungsbehörden der zuständigen Ministerien anvertraut, abhängig vom Interventionsbereich eines jeden OP; die 13 regionalen OPs werden den Verwaltungsbehörden der entsprechenden Regionen

► Durch die Initiative „Neues Wissen“ wurden bisher 27 Forschungs- und Innovationsprojekte in den Bereichen Informations- und Kommunikationstechnologie, Landwirtschaft, Fischerei, Viehzucht, Lebensmittelbiotechnologie, Umwelt, Energie, Wasserressourcen, Verkehr, Gesundheit und kulturelles Erbe gefördert.



anvertraut. Die Vorbereitung der OPs begann parallel zur PA, wurde jedoch nach der Klärung der wichtigsten Richtlinien und Prioritäten intensiviert. Der Dialog zwischen den zentralen und regionalen Planungsbehörden wird fortgeführt, während die Kommission an Gesprächen zu bestimmten Themen teilnimmt, darunter RIS3, Sozialpolitik und umweltbezogene Arbeiten.

► Welche Erfahrung haben Sie mit der engen Koordination der Erarbeitung von vier Fonds gemacht? Wie haben Sie einen kohärenten Ansatz geschaffen?

Die Bündelung von Finanzmitteln aus mehr als einem Fonds für Entwicklungsprojekte ist von größter Bedeutung. Beispielsweise würden Investition (EFRE) und Schulungen (ESF) zur Unterstützung von Innovationen und Diversifizierung in Unternehmen somit auf produktive Weise zusammengeführt. Die Unterstützung von Lebensmittelunternehmen erfordert eine Bündelung der Finanzmittel aus EFRE und ELER. Dennoch deuten die Richtlinien und die „Vorlage“ darauf hin, dass diese Bündelung nur in Sonderfällen und mit hinreichender Begründung eingesetzt werden kann. Die Abgrenzungsargumente sind weiterhin so stark wie in der Vergangenheit. Außerdem ziehen die Kommissionsmitarbeiter sowie die nationalen Mitarbeiter der zuständigen Entscheidungsträger separate Projekte für jede Finanzierungsquelle aus Gründen der administrativen Effizienz vor. In der Praxis jedoch schrecken die Behörden aus unternehmerischen Gründen vom Einsatz derartiger Bündelungen zurück.

Zusätzlich zu diesen Praktiken rät die Kommission zur Bündelung von EFRE-Finanzmitteln und Finanzmitteln aus Horizont 2020 und COSME. Wir glauben nicht, dass die Durchführung eines derartigen Projekts reibungslos abläuft. Eine stärkere Einbeziehung von Verfahren auf EU-Ebene muss intensiv durchdacht werden.

► Mit welchem Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung in Griechenland durch die Kohäsionspolitik rechnen Sie?

Die griechische Wirtschaft musste in der seit 2008 andauernden Finanzkrise die öffentlichen Ausgaben, darunter die Finanzierung von Investitionen, radikal reduzieren. Nahezu alle öffentlichen Mittel, die in diesem Zeitraum sowie in den kommenden Jahren investiert werden, stammen aus europäischen Mitteln. Die privaten Mittel, die bereits vor der Krise im EU-Vergleich niedrig waren, sind ebenfalls auf ein untragbar niedriges Niveau gesunken; daher hat der ESIF im Rahmen der Vermögensbildung in Griechenland erheblich an Bedeutung gewonnen.

Die Herausforderung besteht aus mehreren Faktoren: während die Strukturfonds in der Vergangenheit erheblich zur Steigerung der Nachfrage beigetragen haben, verlagern sich im neuen Programmzeitraum die Schwerpunkte in Richtung Angebot, einschließlich Exportwachstum. Eine Neustrukturierung der Wirtschaft ist zur Erreichung eines solchen Ziels erforderlich, und der ESIF trägt voraussichtlich zu diesen Bemühungen bei. Darüber hinaus schätzen internationale Experten, dass die Gesamtinvestitionen im Land bis zu sechs Mal höher sein müssen als die Gesamtmittel des ESIF, damit

KOHÄSIONSPOLITIK FÜR GRIECHENLAND IN ZAHLEN

Gesamtmittelzuteilung an Griechenland aus Kohäsionspolitik und anderen ESIF-Programmen im Programmzeitraum 2014-2020

► EUR (aktuelle Preise)

EFRE	► 8 165 716 613 €
ESF	► 3 690 994 020 €
Kohäsionsfonds	► 3 247 019 502 €
Kohäsionsfonds übertragen auf Fazilität „Connecting Europe“ (CEF)	► 580 038 571 €
Europäische territoriale Zusammenarbeit	► 231 634 557 €
Beschäftigungsinitiative für junge Menschen	► 171 517 029 €
Europäischer Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen	► 280 972 531 €
ELER	► 4 223 960 793 €
EMFF	► 388 777 914 €
GESAMT	► 20 980 631 530 €

das Pro-Kopf-Einkommen bis 2020 den Stand von 2008 erreichen kann (s. Tabelle). Dies bedeutet, dass der ESIF die privaten Investitionen fördern muss. Außerdem bedeutet es, dass die Gelder aus dem Strukturfonds das Geschäftsklima erheblich verbessern müssen.

► Mit welchen Ergebnissen rechnen Sie für Griechenland am Ende des Siebenjahreszeitraums?

Die erwarteten Ergebnisse werden im genehmigten PA-Dokument dargelegt und in den Ergebnisindikatoren der OPs genauer ausgeführt. Diese können in wenigen Worten zusammengefasst werden: **Erstens:** Bekämpfung von durch die Krise verursachter Armut (ESF in erster Linie für Umschulung, sozialwirtschaftliches Unternehmertum usw.) und Schaffung einer Basis für gesunde und produktive Investitionen in Sektoren mit starkem Einfluss auf Pro-Kopf-BIP und Beschäftigung (z. B. Lebensmittel, Tourismus, erneuerbare Energien).

Zweitens: Unterstützung privater Initiativen in den führenden Wirtschaftsbranchen bei gleichzeitiger Vorbereitung von Maßnahmen für Innovationen mit hohem Wachstumspotenzial und wissensbasierte Branchen.

Drittens: Stärkere Unterstützung innovativer, exportorientierter Unternehmen (z. B. Kosmetik, generische Arzneimittel, IKT, Auftragsforschung). Eine Spezialisierung der Innovationsförderung muss mit einem Bottom-up-Ansatz im Bereich unternehmerische Initiativen kombiniert werden – sowohl durch lokale Innovatoren als auch durch interne

Investoren. Hinsichtlich eines rechtlichen Rahmens zur staatlichen Beihilfe ermittelt das GSPI-NSRF derzeit die geeigneten finanziellen Instrumente für die verschiedenen Bedingungen der Investoren.

► Hatten Sie während der Erarbeitung ihrer eigenen PAs Kontakt zu anderen Mitgliedstaaten?

Griechenland hatte im ersten Halbjahr 2014 die Präsidentschaft der Europäischen Union inne und erhielt die Gelegenheit, allgemeine Informationen mit den anderen Mitgliedstaaten auszutauschen. Aufgrund des Zeitdrucks und der besonderen wirtschaftlichen Situation des Landes war ein Austausch mit anderen Ländern zu bestimmten Problemen jedoch nur schwer möglich. Die Kommission informierte im Rahmen ihres Beitrags zur PA über bewährte Verfahrensweisen anderer Länder, insbesondere im Bereich der Erfüllung der „Konditionalitäten“.

► Was haben Sie aus diesem Prozess gelernt und was würden Sie im Rückblick anders machen?

Die Planung eines neuen Zeitraums muss als fortlaufender Prozess organisiert werden, dazu gehören ernsthafte Bewertungen verschiedener Typen und die Konzentration auf einen Zeitraum, der mehr als 1-2 Jahre ab Ende des Programmzeitraums umfasst. Insbesondere müssen die Bewertungspraktiken überdacht werden, und die Bewerter müssen Kenntnisse zu neuen Techniken erwerben, so z. B. zu Leistungsvergleich, kontrafaktischen Evaluierungen, Wirtschaftsmodellen usw. Die Beamten, die für die Auslobung dieser Studien sowie für die Verwertung der Ergebnisse und Empfehlungen zuständig sind, müssen in diesen Methoden und Techniken geschult werden.

Gleichzeitig müssen sonstige Dienstleister und Forschungseinrichtungen (d. h. Beobachtungsstellen) Informationen und quantitative Daten zur Bewertung des globalen Wettbewerbs in Sektoren von nationalem oder regionalem Interesse sammeln, die SMEs bei effektiven Entscheidungen unterstützen. Der Dialog zwischen Interessensträgern, Experten und Beamten muss zudem kontinuierlich erfolgen und auf belastbaren Zahlen aus der Vergangenheit sowie aus künftigen Tendenzen oder erwarteten Diskontinuitäten basieren. Eine Balance zwischen Flexibilität und Präzision bei der Festlegung von Zielen ist unerlässlich – hierfür muss der Schwerpunkt jedoch von der finanziellen Überwachung auf die Projektüberwachung verlagert werden.

► MEHR DAZU
www.ggea.gr/index_en.htm



▶ ZUSAMMENWACHSEN – INTELLIGENTE INVESTITIONEN FÜR MENSCHEN

OPEN DAYS 2014, DIE 12. EUROPÄISCHE WOCHE DER REGIONEN UND STÄDTE

Die Veranstaltung OPEN DAYS, das jährliche Forum, das gemeinsam von der Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung und dem Ausschuss der Regionen veranstaltet wird, findet vom 6. bis 9. Oktober 2014 in Brüssel statt und steht unter dem Motto „Zusammenwachsen – intelligente Investitionen für Menschen“.

Vor dem Hintergrund der Anstrengungen Europas, die Erholung der Wirtschaft über die Investitionspolitik der Kohäsionspolitik und die Entwicklung von Partnerschaftsvereinbarungen und operationellen Programmen durch Mitgliedstaaten zu fördern, bieten die OPEN DAYS 2014 ein Forum für lebhaftige Debatten und Diskussionen über eine Vielzahl von Themen.

Hauptthemen

OPEN DAYS 2014 konzentriert sich auf drei übergeordnete Themen.

„**Verbinden regionaler Strategien**“ stellt die vielen Themen in den Vordergrund, welche die wirtschaftliche Erholung der europäischen Regionen besonders untermauern: intelligente Spezialisierung, die digitale Agenda, KMU-Unterstützung, CO₂-arme Wirtschaft, Schulung und soziale Integration, Fördern von Innovation, Modernisierung, soziale Integration und Stadtentwicklung.

Das Segment „**Aufbau von Kapazitäten**“ konzentriert sich auf den Austausch bewährter Praktiken und Instrumente zur Programmverwaltung, insbesondere zu Finanztechnik, öffentlichen Auftragsvergabeverfahren sowie der Prüfung von Leistung und Wirkung.

Im Bereich „**Territoriale Kooperation**“ wird die neue Generation der gesamteuropäischen Programme näher betrachtet: INTERREG, URBACT, ESPON, INTERACT und Anstrengungen im Rahmen internationaler Kooperationen.

Hochrangige Sprecher

Bei der Eröffnungssitzung am 6. Oktober werden Hauptvorträge von einer Reihe hochrangiger Sprecher gehalten, darunter Johannes Hahn, für Regionalpolitik zuständiges Kommissionsmitglied, und Michel Lebrun, Präsident des Ausschusses der Regionen. Die Teilnahme von Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments, und Graziano Delrio, stellvertretender Ministerpräsident Italiens, im Namen der EU-Ratspräsidentschaft wird ebenfalls erwartet.

In dieser Sitzung werden die Herausforderungen und Gelegenheiten für den Start eines neuen Zyklus der Kohäsionspolitik analysiert. Der Gastsprecher Angel Gurría, Generalsekretär der OECD, präsentiert folgende Vorzeigepublikationen: *Der regionale Ausblick*, der bei dieser Veranstaltung gestartet wird, und ein Bericht über *Regionales Wohlbefinden*.

REGI-COTER Tagung

Nach der Eröffnungssitzung folgt eine gemeinsame Tagung der Mitglieder des Ausschusses für regionale Entwicklung (REGI) des Europäischen Parlaments und der Fachkommission für Kohäsionspolitik (COTER) des Ausschusses der Regionen. Dies ergibt eine Gelegenheit, über die Aufnahme des Kohäsionspolitikpakets 2014-2020 und deren neuer Instrumente zu diskutieren, wie etwa integrierte territoriale Investitionen (ITI) und von den Gemeinden durchgeführte örtliche Entwicklung (CLLD). Der Fokus wird auf der entscheidenden Frage liegen, wie sichergestellt werden kann, dass den örtlichen und regionalen Behörden zur Implementierung der neuen Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI) die nötigen Kapazitäten zur Verfügung stehen.

In den folgenden drei Tagen finden dann etwa 100 Arbeitssitzungen statt, in Form von „Workshops“, bei denen Fachleute sich über bewährte Verfahren und Ausbildung austauschen können, und Debatten, bei denen Expertengruppen zusammenkommen und sich auf ein bestimmtes Themen konzentrieren.

Universitätsprogramme

Das sehr erfolgreiche Programm der OPEN-DAYS-Universität stellt neue Untersuchungen zur Regional- und Stadtentwicklung vor. Es bietet Wissenschaftlern, Fachleuten, EU-Mitarbeitern und anderen interessierten Teilnehmern die Möglichkeit, ihre Ansichten auszutauschen und neue akademische Konzepte im Bereich Regionalpolitik und Stadtentwicklung zu testen.

Dieses Format ermöglicht die Erstellung von Netzwerk-Links zwischen Studenten, Akademikern, EU-Institutionen und regionalen Partnern. Es schärft das Bewusstsein und ist bezüglich der Ziele der EU-Kohäsionspolitik für Studenten und jungen Forscher attraktiv.

Acht Workshops wurden organisiert, mit der Unterstützung einer Auswahl renommierter Akademiker und Forscher auf dem Gebiet der EU-Kohäsionspolitik und verwandten Politikfeldern aus verschiedenen europäischen Ländern.

Master-Jahrgang

DIE OPEN DAYS-Universität beherbergt dieses Jahr wieder eine Master-Class für Doktoranden und Nachwuchsforscher im Bereich Regionalpolitik und Stadtentwicklung. Es wird durch die Generaldirektion für Regionalpolitik und Stadtentwicklung und dem Ausschuss der Regionen in Partnerschaft mit der Regional Studies Association, organisiert und verfolgt das Ziel, das Verständnis der EU-Kohäsionspolitik und das Forschungspotential unter 30 ausgewählten Studenten und Forschern aus EU- und Nicht-EU-Ländern zu verbessern.

Europa in meiner Region

In dem Bemühen, die OPEN DAYS-Veranstaltung lokalen und regionalen Interessenvertretern näher zu bringen, finden örtliche Veranstaltungen in ganz Europa um die thematischen Prioritäten der OPEN DAYS 2014 statt. Das Motto ist „Europa in meiner Region/Stadt“.

Sie richten sich an die allgemeine Öffentlichkeit, potenzielle Leistungsempfänger von Mitteln im Rahmen der EU-Regionalpolitik, Fachpublikum, Akademiker und die Medien. Es gibt unterschiedliche Formate, wie etwa Konferenzen, Workshops, Radio-/TV-Übertragungen oder Ausstellungen, die durch den örtlichen Organisator der jeweiligen Region oder Stadt festgelegt werden.

Mehr als 300 örtliche Veranstaltungen werden voraussichtlich zwischen September und November in ganz Europa stattfinden, die 80-90 000 Einwohner und Experten anziehen sollen.

OPEN DAYS-Kino

Eine Besonderheit in diesem Jahr ist das „OPEN DAYS-Kino“, in dem Teilnehmer kurze Videoclips mit Präsentationen hervorragender Projekte ansehen können, die durch ESI-Mittel und bewährte Verfahren der regionalen und städtischen Entwicklung in ganz Europa finanziert wurden.

Mehrere Berichte werden ebenfalls bei den OPEN DAYS präsentiert, darunter der *6. Bericht der Europäischen Kommission über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt*, die Eurostat-Ausgabe 2014 des *regionalen Jahrbuchs* und der OECD-Bericht über *regionales Wohlbefinden*.



FOLGEN SIE OPEN DAYS ONLINE
EINE REIHE VON WORKSHOPS WERDEN ÜBER DAS INTERNET GESTREAMT

▶ MEHR DAZU FINDEN SIE AUF DER OPEN DAYS-WEBSITE
www.opendays.europa.eu



▶ ENTWICKLUNG EINER EU-STÄDTEAGENDA

SCHRITTE ZUR BESSEREN EINBINDUNG VON STÄDTISCHEN PROBLEMEN IN DIE GESTALTUNG DER EU-POLITIK

Mehr als zwei Drittel der EU-Bürger leben in Städten. In den städtischen Zentren sind immer mehr Bereiche, darunter Soziales, Kultur, Verkehr, Energie und Umwelt, von der Politik und den Initiativen der EU betroffen. Die Kommission hat mit der Entwicklung einer Städteagenda begonnen, die die Politikfelder enger verbinden soll. Auf dem CITIES-Forum, das im Februar 2014 in Brüssel veranstaltet wurde, wurden Fragen zum Anlass, zum Inhalt und zur Umsetzung einer EU-Städteagenda gestellt.



Welche Gründe sprechen für eine Städteagenda?

Ungefähr 72% der EU-Gesamtbevölkerung – beinahe 360 Millionen Menschen – leben in Großstädten, Städten und Vororten, und dieser Anteil wird bis 2050 voraussichtlich auf über 80% steigen. Diese städtischen Gebiete sind in mancher Hinsicht paradox: In ihrer Umgebung wächst die Wirtschaft, gleichzeitig finden sich hier aber auch die höchsten Arbeitslosenzahlen. Die Dichte ermöglicht energieeffizientere Wohn- und Verkehrsformen, führt jedoch auch zu Staus und Luftverschmutzung. Zur Bewältigung dieser komplexen Herausforderungen ist ein integrierter Ansatz erforderlich.

Durch die Integration einer ausgeprägten städtischen Dimension in die reformierte Kohäsionspolitik konnten bereits Fortschritte erzielt werden. Es wird erwartet, dass mehr als die Hälfte des Etats für die Kohäsionspolitik im Zeitraum 2014–2020 in städtische Gebiete investiert wird. Ungefähr 330 Mio. EUR wurden speziell für innovative städtische Maßnahmen bestimmt, um die Herausforderungen einer nachhaltigen Stadtentwicklung zu bewältigen.

Schätzungen zufolge haben zwei Drittel der Politikfelder der EU Auswirkungen auf Großstädte, und es ist äußerst wichtig, dass diese Ansätze gut koordiniert und von den entsprechenden Akteuren auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene effektiv unterstützt werden.

Eine Städteagenda könnte anerkanntermaßen zu einem kohärenteren Ansatz beitragen – indem beispielsweise sichergestellt wird, dass die verschiedenen Politikfelder, die eine städtische Dimension aufweisen, nicht einzeln betrachtet werden. Sie könnte außerdem das Mehrebenensystem und die Zusammenarbeit über Verwaltungsgrenzen hinweg verbessern. Davon abgesehen lassen sich die zentralen Ziele der Strategie Europa 2020 – intelligentes, nachhaltiges und

integratives Wachstum – nicht ohne die aktive Beteiligung der Großstädte Europas erreichen.

Praktisch alle Akteure, u. a. das Europäische Parlament, der Ausschuss der Regionen und der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss sowie Städtevereinigungen, sind sich einig, dass eine europäische Städteagenda erforderlich ist. Die entscheidende Frage lautet, wie diese Agenda letztendlich aussehen wird.

Wie sollte die EU-Agenda aussehen?

Einige Akteure sehen eine EU-Städteagenda als eine Rahmenanleitung – die verwendet werden kann, um den vielfältigen Initiativen und Politikfeldern Kohärenz zu verleihen, den Behörden auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene klare Rollen zuzuweisen und um in Städten lokale politische Ansätze und Pläne zu realisieren.

Andere legen großen Wert darauf, dass eine EU-Städteagenda vorrangig ein Instrument sein sollte, mit dem Städte und ihre politische Führung in die Gestaltung und Umsetzung der EU-Politik einbezogen werden – „eine Agenda für Städte, die mit den Städten erarbeitet wird und die die Städte verbindet“ –, wobei der Schwerpunkt vor allem auf Europa 2020 liegt.

Dabei ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Agenda nicht als Zwangsmaßnahme der EU angesehen wird, die den Regierungen auf nationaler Ebene auferlegt wird, sondern dass sie vielmehr als Hilfsmittel verstanden wird, mit dem die verschiedenen Initiativen zur Stadtentwicklung auf Ebene der Mitgliedstaaten verstärkt auf die Städte ausgerichtet werden. Die Städte Europas weisen unterschiedliche Potenziale auf und stehen unterschiedlichen Herausforderungen gegenüber. Eine Städteagenda muss die jeweiligen Stärken erkennen und fördern.



▶ Öffentliche Bibliothek im Freien in Magdeburg.

STÄDTISCHE DIMENSION DER EU-POLITIKFELDER

Viele Politikfelder der EU umfassen Initiativen, bei deren Umsetzung Städte eine zentrale Rolle spielen bzw. deren Umsetzung auf städtische Gebiete ausgerichtet ist. Dazu gehören energie- und klimabezogene Maßnahmen (**Der Konvent der Bürgermeister**), der Bereich Verkehr und die digitale Agenda (**Initiative „Intelligente Städte und Gemeinschaften“**). Darüber hinaus gibt es Beispiele mit hohem Bekanntheitsgrad in den Bereichen Kultur und Umwelt. Der von der Kommission im Jahr 2008 geschaffene Titel **„Grüne Hauptstadt Europas“** wird Städten verliehen, die sich durch ein konsequent hohes Umweltschutzniveau auszeichnen. Der Gewinner des Titels soll andere Städte anspornen und durch seine Vorbildfunktion bewährte Praktiken und Erfahrungswerte fördern. Das Programm **Kulturhauptstadt Europas** zeichnet sich mehr als 25 Jahre nach seiner Entstehung dadurch aus, eine der bekanntesten städtischen Initiativen der EU zu sein.

▶ WEITERE INFORMATIONEN ZÜR **STÄDTISCHEN DIMENSION DER EU-POLITIKFELDER:**

http://ec.europa.eu/regional_policy/urban/portal/index_en.cfm?smenu_mapping_id=1



▶ Pläne zur Wiederherstellung des Flusses Batán als urbaner ökologischer Korridor, Vitoria-Gasteiz, Spanien.

„Von Umweltverschmutzung bis Armut, von Arbeitslosigkeit bis Energie, wir können die Herausforderungen, vor denen Europa steht, nicht meistern und seine Ziele nicht verwirklichen, wenn wir diese Fragen in unseren Städten nicht lösen. Eine EU-Städteagenda muss dem Grundsatz der Subsidiarität genügen, aber dort, wo wir die EU-Politik durch eine Stärkung der städtischen Dimension verbessern können, sollten wir das tun, ebenso wie wir den Städten Europas eine wichtigere Rolle als Partner der EU übertragen sollten.“

JOHANNES HAHN – EU-KOMMISSAR
FÜR REGIONALPOLITIK

EU-Städteagenda: Wie sollte sie umgesetzt werden?

Das CITIES-Forum 2014 – „Städte von morgen: In die Zukunft Europas investieren“ – zeigte mehrere Möglichkeiten zur Umsetzung einer zukünftigen EU-Städteagenda auf, beispielsweise:

- ▶ bessere Koordinierung der EU-Politikfelder, die eine direkte oder indirekte Auswirkung auf Städte haben – z. B. eine Plattform für die Koordinierung der städtischen Aspekte von Europa 2020, eine Beurteilung der Auswirkungen auf Städte usw.;
- ▶ bessere Verständigung und höhere Kohärenz bei der Politikgestaltung auf EU-, nationaler und lokaler Ebene – z. B. höhere Gewichtung der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit bei der Stadtentwicklung;
- ▶ Stärkung und bessere Koordinierung von Wissensgrundlagen, Networking und Lernangeboten.

Zur weiteren Vertiefung der Diskussion dieser Themen veröffentlichte die Kommission eine Mitteilung mit dem Titel *Die städtische Dimension der EU-Politikfelder – Kernpunkte einer EU-Städteagenda*. In dieser Mitteilung wurde um Feedback zu sechs Schlüsselfragen gebeten.

Im September stellte die Kommission eine vorläufige Zusammenfassung des Feedbacks auf einer Konferenz in Rom vor, die im Rahmen der italienischen EU-Ratspräsidentschaft organisiert wurde. Durch die begonnene Diskussion wird der Weg für die Gestaltung einer EU-Städteagenda gebahnt.

▶ MEHR DAZU

http://ec.europa.eu/regional_policy/consultation/urb_agenda/pdf/comm_act_urb_agenda_de.pdf

▶ GROSS-PROJEKTE MIT GROSSEN AUSWIRKUNGEN

WIDIN/BULGARIEN – CALAFAT/RUMÄNIEN Calafat-Brücke zwischen Bulgarien und Rumänien

Als Straßen- und Eisenbahnbrücke zwischen Widin, Bulgarien, und Calafat, Rumänien, stellt sie seit ihrer Eröffnung im Jahr 2013 für eine der prioritären Achsen im transeuropäischen Verkehrsnetz ein wichtiges Bindeglied dar. Die neue Brücke ist 1,4 km lang und fördert kombinierte und umweltfreundliche Logistik-Lösungen für den Straßen- und Eisenbahnverkehr über den Fluss. Sie beseitigt einen bisherigen Engpass für den internationalen Fernverkehr nach Rumänien und Mitteleuropa und sorgt für eine bessere Anbindung des bulgarischen Straßen- und Schienennetzes an das transeuropäische Verkehrsnetz – Deutschland erhält dadurch eine Verbindung zu Griechenland und der Türkei.

Gesamtkosten:
226 000 000 EUR
EU-Mittel:
70 000 000 EUR

Haben Sie sich schon einmal gefragt, was eine Brücke über die Donau, ein Forschungslabor in Frankreich, eine Windenergiefarm in Polen und ein elektronisches Fahrkartensystem im öffentlichen Personenverkehr in Griechenland gemein haben? Alle diese Projekte sind „Großprojekte“, die von regionalen Fonds der EU kofinanziert wurden – vom Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und vom Kohäsionsfonds.

Großprojekte umfassen groß angelegte Infrastrukturprojekte in den Bereichen Transport und Umwelt und in anderen Sektoren wie Kultur, Bildung, Energie oder Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT). Sie betreffen außerdem große produktive Investitions- sowie Forschungs- und Entwicklungsprojekte (FuE). Großprojekte sind ein wichtiges Mittel zur Verbesserung der Lebensqualität der EU-Bürger, wie weiter unten am Beispiel von vier Projekten gezeigt wird. Auch im Zeitraum 2014-2020 dienen sie als wichtiges Umsetzungsverfahren für operationelle Programme.

Weniger Großprojekte 2014-2020

Die Schwellenwerte für Großprojekte werden mit den förderfähigen Kosten verknüpft und auf 50 Mio. EUR in allen Sektoren außer dem Verkehrssektor festgelegt. Für Projekte in den Bereichen Verkehr/Energieinfrastruktur wurden sie auf 75 Mio. EUR erhöht. Dies hat zur Folge, dass weniger Großprojekte durchgeführt werden, sodass sich die Kommission auf die finanziell gesehen wichtigsten Projekte konzentrieren kann, welche den größten Anteil der EU-Mittel in Anspruch nehmen.



Gesamtkosten:
96 500 000 EUR
EU-Mittel:
28 000 000 EUR

NANCY/FRANKREICH Kompetenzzentrum für Innovative Materialien und Nanotechnologien in Lothringen, Frankreich

Das Institut Jean Lamour (JLI) in Nancy bietet auf 16500 m² eine Forschungsumgebung und Labore für bis zu 450 Forscher und 180 Studenten, die im Bereich Werkstofftechnik und Nanotechnologien arbeiten. Das JLI unterstützt die Grundlagenforschung (wodurch Potenzial und Sichtbarkeit, Schulungen und Technologietransfer verbessert werden) und soll Verbindungen zwischen der Grundlagenforschung und der angewandten Forschung, zwischen den öffentlichen und privaten Sektoren und zwischen Laboren und Unternehmen fördern. Mit dem Projekt sollten 185 Vollzeitstellen geschaffen werden, und es sollte zur Gründung von sechs neuen Unternehmen führen.

ATHEN/GRIECHENLAND**Elektronisches Fahrkartensystem
im öffentlichen Personenverkehr
im Großraum Athen**

Das 2013 genehmigte Projekt wurde von den griechischen Behörden – in Zusammenarbeit mit der Kommission – als unerlässlich für die Lebensqualität und das Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger festgelegt. Durch das Projekt wird der städtische Personennahverkehr effizienter und moderner gestaltet. Die Mittel werden zur Einrichtung eines integrierten automatischen Fahrkartensystems für Metro, Stadt- und Nahverkehrszüge, Busse und Straßenbahnen verwendet. Dank der Investition werden die Geräte für die Gültigkeitsprüfung und die Kontrolle erneuert, die Ein- und Ausgangsschranken des Metrosystems modernisiert und die betriebliche Effizienz sowie die Verwaltungssysteme verbessert. Das Modernisierungsprogramm erleichtert die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel für die Athener sowie für Besucher und Touristen.



Gesamtkosten:
91 000 000 EUR
EU-Mittel:
29 500 000 EUR

GOLICE/POLEN**Die erste Windenergiefarm Polens**

Die erste Windfarm in Polen – in der Region Lebus – hilft dem Land dabei, seine Ziele im Zusammenhang mit der Klimaveränderung zu erreichen. Außerdem profitieren davon mehr als eine Million Bürgerinnen und Bürger. Das Projekt umfasst den Bau von 19 Turbinen, die so angefertigt sind, dass sie auch bei geringen Windstärken Strom erzeugen. Die anpassbaren Rotorblätter erlauben es – abhängig von den Windbedingungen – eine Balance zwischen maximaler Stromerzeugung und minimalem Lärmpegel zu finden. Dadurch sollte die Stromerzeugung in dieser Region verbessert und die Luftverschmutzung verringert werden. Das Projekt sollte außerdem zur Schaffung von ungefähr 600 direkten und indirekten Arbeitsplätzen beitragen.



Gesamtkosten:
56 000 000 EUR
EU-Mittel:
10 000 000 EUR

Vereinfachte Beurteilung

Mithilfe der Initiative „Joint Assistance to Support Projects in European Regions“ (Gemeinsame Hilfe bei der Unterstützung von Projekten in europäischen Regionen), kurz JASPERS, wird die Kommission weiterhin Experten vor Ort zur Unterstützung der Mitgliedstaaten und Begünstigten einsetzen, um die angemessene Vorbereitung von Projekten sicherzustellen, damit die bedürftigen Regionen optimal unterstützt werden.

Für Mitgliedstaaten gibt es zwei Möglichkeiten, ein Großprojekt bei der Kommission zu beantragen:

- ▶ Sie können die Kommission benachrichtigen, wenn ein Projekt von unabhängigen Experten (JASPERS) positiv beurteilt wurde, woraufhin die Kommission eine gestraffte Qualitätsprüfung durchführt.
- ▶ Sie können das Projekt bei der Kommission direkt einreichen, die es dann beurteilt, um festzustellen, ob die gewünschte finanzielle Beihilfe gerechtfertigt ist.

Die zeitnahe Umsetzung der Projekte war schon immer ein großes Anliegen. Deswegen erfolgt die Genehmigung der Kommission unter der Bedingung, dass innerhalb von drei Jahren nach der Entscheidung mit der Arbeit begonnen wird. Dadurch gibt es weniger Probleme mit „Phantomprojekten“, die nur schwer in Gang kommen.

Verbesserter strategischer Fokus

Großprojekte werden vermehrt mit Strategien verknüpft, und die Liste der Großprojekte in operationellen Programmen (OP) sollte den tatsächlichen Projektbestand widerspiegeln. Die Liste kann von den OP-Überwachungsausschüssen geändert werden. Dadurch wird ermöglicht, dass Anpassungen flexibel vorgenommen werden können, während der strategische Fokus jedes Projekts beibehalten wird. In vielen Bereichen (z. B. Verkehr) sind Großprojekte eng mit *Ex-ante*-Konditionalitäten verknüpft (z. B. mit einem umfassenden Verkehrsmasterplan).

Bis Juni 2014 wurden von der Kommission etwa 707 Großprojekte für den gesamten Programmzeitraum 2007-2013 genehmigt; die Gesamtinvestitionen belaufen sich auf 151,7 Mrd. EUR. Der Gesamtbeitrag der EU zu diesen Projekten beläuft sich auf 74,4 Mrd. EUR. Das bedeutet, dass jeder Euro aus EU-Finanzierung einen zusätzlichen Euro generiert hat, der aus der Kofinanzierung aus anderen öffentlichen und privaten Quellen stammt.

MEHR DAZU

http://ec.europa.eu/regional_policy/projects/major_projects/index_de.cfm

▶ UMSETZUNG DER KOHÄSIONSPOLITIK MIT HILFE VON FINANZINSTRUMENTEN

Der zunehmende Einsatz von Finanzinstrumenten (FI) in der Kohäsionspolitik dient vor allem zur Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU). Es hat sich gezeigt, dass dieser Umsetzungsmechanismus die wirtschaftliche Entwicklung sowie Wachstum und Beschäftigung fördert.

Finanzinstrumente gibt es in den unterschiedlichsten Formen, einschließlich Darlehen, Bürgschaften, Beteiligungskapital, Risikokapital und Mikrofinanzierung. Im Zeitraum 2007-2013 konnte eine deutliche Hinwendung zum Einsatz von FI in Programmen der Kohäsionspolitik verzeichnet werden. Schätzungen zufolge sind die zugewiesenen Beträge von Strukturfonds an Risikokapital-, Darlehens- und Garantiefonds von 0,57 Mrd. EUR (1994-1999) auf 8,36 Mrd. EUR (2007-2013) gestiegen.

Ein Hauptziel für 2014-2020 ist der Einsatz zusätzlicher Investitionsmittel durch stärkere Nutzung der Finanzinstrumente. Die politischen Rahmenbedingungen des mehrjährigen Finanzrahmens (MFF) und der europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) unterstreichen den Bedarf an einer stärkeren

VORTEILE VON FINANZINSTRUMENTEN

- ▶ Nutzung von Finanzmitteln des öffentlichen Sektors und größerer Einfluss von ESIF-Programmen.
- ▶ Höhere Effizienz und Effektivität, da es sich um Revolving-Instrumente handelt, die im Programm für zukünftige Projekte und ähnliche Ziele wiederverwendet werden.
- ▶ Verbesserung der Qualität von Projekten, da Investitionen zurückgezahlt werden müssen.
- ▶ Zugang zu vielfältigeren Finanzinstrumenten für die Umsetzung der Politik und Fachwissen im privaten Sektor sowie die Beteiligung des privaten Sektors.
- ▶ Abkehr von einer Kultur, die von einer „Abhängigkeit von Zuschüssen“ geprägt ist.
- ▶ Gewinnung des privaten Sektors zur Unterstützung (und Finanzierung) von Projekten, um öffentliche politische Ziele effizienter zu erreichen.

DIE KMU-INITIATIVE

Die KMU-Initiative verwendet einen Teil der EFRE-Beiträge und einen Teil der Beiträge des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums sowie COSME- und Horizont 2020-Mittelzuweisungen zur Bereitstellung von zwei wesentlichen Angeboten:

- ▶ Bürgschaften ohne Obergrenze, die eine Eigenkapitalentlastung für Portfolios mit neuen Darlehen für KMU darstellen.
- ▶ Verbriefung von bestehenden oder neuen Fremdkapitalportfolios.

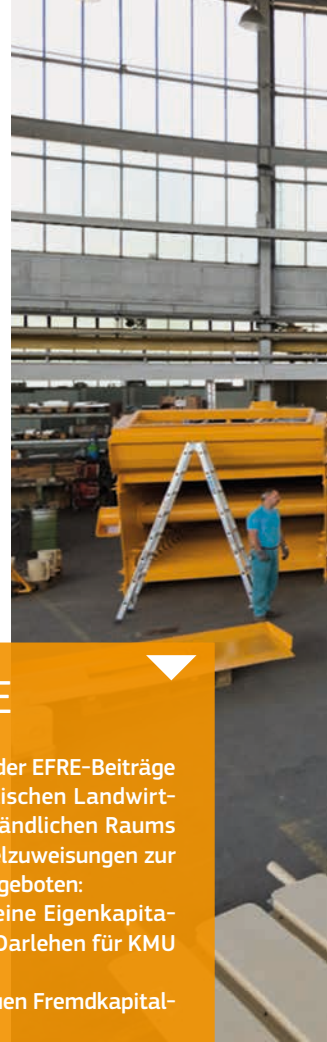
Alle für die Umsetzung erforderlichen Elemente wurden eingerichtet, einschließlich einer *ex-ante*-Bewertung, die von der Europäischen Kommission in enger Zusammenarbeit mit der EIB-Gruppe durchgeführt wurde. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt haben nur Spanien und Malta ihre Teilnahme bestätigt, aber andere Mitgliedstaaten können immer noch beitreten, wenn die Initiative in Gang gekommen ist.

Nutzung der Finanzinstrumente – insbesondere vor dem Hintergrund finanzieller Einsparungen. Die genauen Zahlen für 2014-2020 müssen erst noch ermittelt werden – aber insgesamt gesehen ist von höheren ESIF-Beiträgen zu Finanzinstrumenten auszugehen.

Flexibles rechtliches Regelwerk

Erfahrungen haben gezeigt, dass die Umsetzung der Kohäsionspolitik ein umfassendes rechtliches Regelwerk und den Aufbau von Kapazitäten für die Arbeit mit Finanzinstrumenten erfordert. Es kann schwierig sein, die Ziele des Privatsektors (Maximierung der Finanzanlagenrendite) mit den Zielen der Kohäsionspolitik (Förderung von Wachstum und Beschäftigung in bestimmten Mitgliedstaaten und Regionen) in Einklang zu bringen.

Die Kohäsionspolitik für 2014-2020 enthält deswegen einen speziellen Abschnitt zu Finanzinstrumenten und bietet den Mitgliedstaaten und Regionen Flexibilität. Sie erweitert den Spielraum der Finanzinstrumente auf alle thematischen Ziele und stellt eine Reihe von Umsetzungsoptionen bereit.



FI-TAP – ZWEI ARTEN VON BERATUNGSDIENSTEN

- ▶ **BEREICHSÜBERGREIFEND:** Dieser Dienst steht allen Mitgliedstaaten (MS) und für alle Arten von Finanzinstrumenten zur Verfügung. Die Dienstleistungen werden von der Kommission in die Wege geleitet und finanziert (Top-Down-Prinzip). Die typischen Aufgabenbereiche umfassen den Austausch bewährter Vorgehensweisen, eine mitgliedstaatenübergreifende Vernetzung sowie Schulungen zu allgemeinen Themen, z. B. *Ex-ante*-Bewertung, öffentliches Beschaffungswesen, rechtliche Aspekte der ESIF-Politik und staatliche Beihilfen.
- ▶ **REGIONSÜBERGREIFEND:** Dieser Dienst wird von den Interessenvertretern für mindestens zwei Verwaltungsbehörden in mindestens zwei Mitgliedstaaten initiiert (Bottom-Up-Prinzip). Die Kosten werden von der Europäischen Kommission übernommen (auf der Basis von Ausschreibungen). Zu den typischen Aufgabenbereichen gehören die Unterstützung bei der Entwicklung von Finanzinstrumenten, die auf Entwicklungsziele oder Marktschwächen in den Regionen der Antragsteller ausgerichtet sind (z. B. Wohnungsbaumaßnahmen für mehr Energieeffizienz in mittel- und osteuropäischen Ländern oder grenzüberschreitende Initiativen).

▶ Die Montagehalle bei Binder+Co AG, Eco World Styria, Green Tech Valley, Österreich.

Optimierung der Umsetzung von Finanzinstrumenten

Besonderes Augenmerk wurde auf den Spielraum zur Nutzung von Finanzmitteln im Rahmen der Kohäsionspolitik zur Unterstützung von KMU gerichtet. Instrumente für die geteilte Mittelverwaltung ermöglichen den KMU einen einfacheren Zugang zu Finanzmitteln, und das neue rechtliche Regelwerk bietet verschiedene Optionen für Verwaltungsbehörden. Neben den maßgeschneiderten Instrumenten, die es schon 2007-2013 gab, werden Verwaltungsbehörden auch handelsübliche Instrumente zur Verfügung stehen: eine Reihe von Standardkonditionen für verschiedene Produkte, einschließlich eines Darlehensinstruments mit Risikoteilung für KMU, eines Garantie-Instruments für KMU und eines Eigenkapitalinstruments für KMU. Eine andere Möglichkeit für Verwaltungsbehörden besteht darin, Darlehen und Bürgschaften direkt oder über eine zwischengeschaltete Stelle zu vergeben.

Die Kommission arbeitet zusammen mit der Europäischen Investitionsbank (EIB) und einigen nationalen Finanzinstitutionen an der Entwicklung von Finanzinstrumenten für die Umsetzung des EU-Haushalts, der von der Kommission zentral verwaltet wird (z. B. COSME, CEF), u. a. für die Unterstützung von KMU. Dazu gehört z. B. die KMU-Initiative, die für eine schnelle Einführung konzipiert ist, um den KMU den Zugang zu Finanzmitteln zu erleichtern. In den Fällen, in denen Verwaltungsbehörden von ESIF-Programmen Beiträge zu diesen Instrumenten auf EU-Ebene leisten, würde ESIF 100% dieser Beiträge finanzieren.

Zusammenarbeit mit der EIB-Gruppe und anderen internationalen Finanzinstitutionen

Diese Zusammenarbeit trägt dazu bei, die Umsetzung von Finanzinstrumenten zu optimieren, und für alle ESI-Fonds werden Unterstützung und Beratung als konsolidierte Dienstleistung angeboten.

Financial Instruments-Technical Advisory Platform (FI-TAP) ist ein konsolidiertes Instrument, das zur Unterstützung von Verwaltungsbehörden und anderen Interessenvertretern dient und alle ESI-Fonds und thematischen Ziele abdeckt (siehe Kasten).

Bei FI-TAP handelt es sich um eine gemeinsame Initiative der Generaldirektionen für Regionalpolitik und Stadtentwicklung, Landwirtschaft, Beschäftigung, Soziales und Integration sowie Maritime Angelegenheiten und Fischerei. An der Umsetzung werden die EIB-Gruppe und internationale sowie nationale Finanzinstitutionen beteiligt sein. Eine Konferenz zum Thema FI-TAP-gestützte und ESIF-geförderte Finanzinstrumente findet im Januar 2015 statt, und es werden ungefähr 400 Mitglieder von Verwaltungsbehörden und andere Interessenvertreter daran teilnehmen.

▶ MEHR DAZU

http://ec.europa.eu/regional_policy/thefunds/fin_inst/index_en.cfm



▶ EUROPÄISCHER SOZIALFONDS 2014-2020

MEHR ALS NUR DIE SOZIALE DIMENSION DER KOHÄSIONSPOLITIK

In dieser Ausgabe konzentriert sich *Panorama* auf den Europäischen Sozialfonds (ESF), einen von fünf europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds), zusammen mit dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), dem Kohäsionsfonds (KF) und dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und dem Europäischen Meeres- und Fischereifonds (EMFF). Die ESI-Fonds sind die Hauptfinanzierungsprogramme für den Zeitraum 2014-2020 zur Unterstützung von Beschäftigung und Wachstum in der gesamten EU.

Der Europäische Sozialfonds (ESF) spielt eine fundamentale Rolle bei der Förderung von Investitionen der Mitgliedstaaten in Humankapital und damit in die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft, die gerade im Begriff ist, die Krise zu überwinden. Jedes Jahr fördert der ESF mehr als 15 Millionen Menschen durch Unterstützung bei der Fortbildung, der Integration in den Arbeitsmarkt aber auch beim Kampf gegen soziale Ausgrenzung und Armut und der Verbesserung der Effizienz von öffentlichen Verwaltungen.

POSITIVE AUSWIRKUNGEN FÜR MILLIONEN MENSCHEN

Allein im Zeitraum 2007-2012 nahmen über 68 Millionen EU-Bürger und -Ansässige an ESF-geförderten Initiativen teil. Insbesondere bei:

- ▶ Eine von fünf Personen fand binnen sechs Monaten nach Abschluss der Maßnahme einen Arbeitsplatz.
- ▶ Es wurden ungefähr 8,6 Millionen Qualifikationen erzielt.
- ▶ Über 550000 Menschen haben ein Unternehmen gegründet, entweder als Neugründung oder als Selbständige.
- ▶ Bei diesen Initiativen haben Frauen einen Gesamtanteil von 52%, junge Menschen über 31% (21 Millionen), ältere Menschen (Alter 55-64 Jahre) über 4 Millionen und Arbeitslose über 22 Millionen.

Bei Betrachtung derartiger Ergebnisse muss berücksichtigt werden, dass zu Beginn des Programmzeitraums wachsende Beschäftigung, offene Stellen und steigender Wohlstand vorherrschten, sich diese Bedingungen jedoch durch die Wirtschaftskrise in eine Umgebung mit Arbeitslosigkeit, sozialer Ausgrenzung und reduzierten öffentlichen Ausgaben verwandelt haben. Die Anpassungsfähigkeit und Flexibilität der ESF-Programme in vielen Mitgliedstaaten ermöglichte die Verlagerung von Ressourcen in Gegenden, in denen der größte Beitrag zur Milderung der Auswirkungen der Krise erbracht und die Erholung unterstützt wurde, z. B. durch Förderung der Anzahl an Unternehmensneugründungen und der damit einhergehenden neuen Arbeitsplätze. ESF-Mittel haben sich als wertvolle Komponente nationaler Mittel und Programme erwiesen, haben mehr ermöglicht und die Intensität und Qualität verbessert.



Im Zeitraum 2014-2020 dient der ESF als Instrument zur Förderung der Mitgliedstaaten bei der Einführung von Struktur reformen in ihre politischen Maßnahmen in den Bereichen Arbeitsmarkt, soziale Integration, Bildung und Beschäftigung, institutionelle Kapazitäten und Reformen der öffentlichen Verwaltung. Diese Reformen stehen im Einklang mit den Prioritäten und Empfehlungen der EU in diesem Bereich. Die Investitionen tragen zu den Zielen von Europa 2020 bei, indem sie die Wissensbasis der europäischen Erwerbsbevölkerung verbessert und Millionen Einwohnern dabei hilft, ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern, eine Arbeitsstelle zu finden oder in Beschäftigung zu bleiben. Am wichtigsten ist, dass ESF-geförderte Projekte sich meist jene richten, die am schwierigsten zu erreichen sind und manchmal nicht ausreichend durch nationale Systeme gefördert werden.

Aus diesen Gründen wurde zum ersten Mal in der Geschichte der Kohäsionspolitik ein Mindestanteil für den ESF festgelegt. Im Zeitraum 2014-2020 werden ESF-Fördermittel mindestens 23,1% (mehr als 80 Milliarden EUR) des Etats für die Kohäsionspolitik ausmachen. Dadurch wird die stufenweise Minderung des ESF-Anteils beendet, die innerhalb der letzten 25 Jahre stattgefunden hat.

Eine Konzentration der Mittel auf das Erzielen von Ergebnissen wird im Zeitraum 2014-2020 entscheidend sein: Der ESF wird seine Interventionen auf eine begrenzte Anzahl an Prioritäten konzentrieren, um bei einer ausreichend großen kritischen Masse an Mitteln eine sichtbare Wirkung zu erzielen. Die tatsächlichen Investitionsbereiche werden gemäß den jeweiligen Herausforderungen und Notwendigkeiten für jedes Land vereinbart, in Übereinstimmung mit den Empfehlungen aus dem europäischen Semester⁽¹⁾.

Vier thematische Ziele

Der ESF fördert in der gesamten EU Tausende von Projekten zur **Unterstützung einer nachhaltigen und qualitativen Beschäftigung und zur Unterstützung von Arbeitsmobilität**. Diese Initiativen zielen darauf ab, mehr Menschen in bessere Arbeitsplätze zu bringen, mit spezieller Aufmerksamkeit auf Arbeitssuchende und nicht erwerbstätige Menschen, einschließlich der Langzeitarbeitslosen und der Menschen, die aus dem

(1) Der jährliche Koordinationszyklus für Makroökonomie, Etat und Strukturpolitik zur Überwachung des Fortschritts bei der Einführung der Strategie Europa 2020.

▶ UMWELTFREUNDLICHKEIT IN SPANIEN

EmpleaVerde, das Programm für „umweltfreundliche Arbeitsplätze“ unter der Leitung der Fundacion Biodiversidad des spanischen Ministeriums für Umwelt, Städtebau und Maritime Angelegenheiten, ist eine Initiative zur Förderung der Beschäftigung und zum Schutz der Umwelt. Das Programm fördert über 80 Projekte in Spanien mit dem Ziel, mehr als 28 000 Menschen zu beschäftigen, sowie 1 000 neue Umwelt-KMU und Arbeitsplätze in der Zukunft zu schaffen. In letzter Zeit wurden junge Menschen zur Hauptzielgruppe für diese Aufgabenbereiche.

▶ Mehr dazu:
<http://fundacion-biodiversidad.com/es/inicio/emplea-verde>

Projektdauer:
 2007-2014
 Gesamtbudget:
 17 100 000 EUR
 ESF-Mittel:
 12 700 000 EUR



Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind. Ein Schwerpunkt wird auf die Integration junger Menschen in den Arbeitsmarkt gelegt (siehe Kasten) und der ESF setzt seine ausgezeichnete Erfolgsbilanz bei der Förderung von selbständiger Beschäftigung, Unternehmertum und Geschäftsgenerierung fort.

Der ESF bereitet die Erwerbstätigen Europas auch darauf vor, mit den sich ändernden Anforderungen der Wirtschaft Schritt zu halten. Die Programme unterstützen die Menschen, um das Beste aus neuen Gelegenheiten in einer umweltfreundlichen und digital orientierten Wirtschaft herauszuholen. Die Modernisierung der öffentlichen und privaten Beschäftigungsdienstleistungen ergänzen diese Anstrengungen.

In jedem Land werden mindestens 20% des ESF zweckgebunden für **soziale Integration und für den Kampf gegen Armut und Diskriminierung** bereitgestellt. Dies hilft Menschen, die in Schwierigkeiten sind, und jenen aus benachteiligten Gruppen, damit sie Fähigkeiten und Arbeitsstellen bekommen und die gleichen Möglichkeiten wie andere erhalten, sich in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Eine wichtige Priorität ist die sozialökonomische Integration von Randgruppen, z. B. der Roma. Durch diese Initiativen kann der ESF einen erheblichen Beitrag für das Ziel der EU leisten, die Anzahl von Menschen in Armut zu reduzieren.

ESF-Investitionen in **Bildung, Ausbildung und Berufsausbildung zur Vermittlung von Kompetenzen und ein lebenslanges Lernen** decken eine breite Palette an Aktivitäten ab. Sie helfen bei der Verbesserung der Leistung über den gesamten Bildungssektor, angefangen von Schulen bis hin zu Universitäten. Ihre Ziele sind, einen gleichberechtigten Zugang zu Bildung mit guter Qualität zu gewährleisten, frühzeitiges Verlassen der Schule zu reduzieren und Teilnahme und

GENERIERUNG VON CHANCEN FÜR DIE JUGEND

Die Unterstützung junger Menschen bei der Suche nach einer Arbeitsstelle wurde zur obersten Priorität und zusätzliche Unterstützung kommt von der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen. Dieses neue Instrument stellt den EU-Regionen mindestens 6,4 Milliarden EUR zur Verfügung, die mit Jugendarbeitslosigkeit und Erwerbslosigkeit zu kämpfen haben. Die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen konzentriert sich auf jene, die sich derzeit weder in Ausbildung noch in Beschäftigung befinden (NEETs – Not in Education, Employment or Training) und jünger als 25⁽²⁾ sind, sowie auf Regionen mit Arbeitslosenquoten bei Jugendlichen von mehr als 25%. Das Ziel der Initiative besteht darin, sicherzustellen, dass in den Regionen, in denen die Herausforderungen besonders akut sind, das Förderungsniveau pro jugendlicher Person ausreichend ist, um eine Wirkung zu erzielen.

Die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen verstärkt die Förderung, die durch den ESF zur Einführung einer Garantie für die Jugend zur Verfügung gestellt wird und die darauf abzielt, dass alle jungen Menschen ein gutes Qualitätsangebot für Arbeit, ständige Weiterbildung, ein Stipendium oder ein Praktikum innerhalb von vier Monaten nach Ende des formalen Bildungsabschlusses erhalten oder die arbeitslos werden. Parallel dazu stellt der ESF wichtige Mittel für die notwendigen Langzeit-Strukturen und Investitionen auf dem Gebiet der Jugendarbeitslosigkeit zur Verfügung.

(2) Die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen wird die Altersgruppe unter 30 ins Visier nehmen, falls dies von einem Mitgliedstaat als notwendig erachtet wird.

▶ HERANFÜHREN JUGENDLICHER RANDGRUPPEN AN DEN ARBEITSMARKT

„Arbeit für Jugend“ in Dalarna, Schweden hat es geschafft, 80% von Jugendlichen aus Randgruppen zum Besuch von Seminaren zur Arbeitsaufnahme, Schule oder Registrierung bei Beschäftigungsagenturen zu bewegen. Etwa 2 500 18- bis 24-Jährige nahmen an den Projektkursen teil und profitierten seit 2010 von den Arbeitserfahrungen. Neunzig Prozent nahmen am Programm bis zum Ende teil und erhielten auch Ratschläge und Beratung zur Lebensgestaltung, z. B. wie man Freizeit gestaltet, die persönlichen Finanzen verwaltet oder geeignete Wohnmöglichkeiten und Kontakte findet.

▶ Mehr dazu:
www.regiondalarna.se



Projektdauer:
2010-2014
Gesamtbudget:
7 600 000 EUR
ESF-Mittel:
3 000 000 EUR



Bildungsabschlüsse zu steigern, besonders unter benachteiligten Gruppen. ESF-unterstützte Maßnahmen zielen auch darauf ab, die Relevanz des Arbeitsmarkts bei Systemen für Bildung und Berufsausbildung zu verbessern und den Übergang aus der Bildung in die Arbeit zu erleichtern.

In vielen Ländern werden die Verbesserungen bei den Systemen für lebenslanges Lernen und Berufsausbildung gut unterstützt, mit einem Blick auf die Erweiterung des Wissens, der Fähigkeiten und Kompetenz der Erwerbstätigen und die Förderung flexibler Bildungswege. Nicht zuletzt unterstützt der ESF Universitäten und Berufsausbildungsinstitute beim Aufbau engerer Beziehung mit Unternehmen und Arbeitgebern in deren Ländern und Regionen.

Die Reduzierung der rechtlichen und administrativen Hindernisse sowie die Förderung hoher Standards bei Transparenz, Effizienz und Zuverlässigkeit in der öffentlichen Verwaltung helfen bei der Steigerung der Produktivität, stärken die Wettbewerbsfähigkeit und schaffen so letztendlich Arbeitsplätze. Obwohl wegen der laufenden wirtschaftlichen Herausforderungen oft angenommen wird, dass weniger Ressourcen für Verwaltungsaktivitäten verfügbar sind, bleiben Steuerung und Rechtssicherheit zentrale Bestandteile des Wirtschaftswachstums.

Durch Förderung von organisatorischen und technologischen Innovationen über die Verbesserung von Systemen, Strukturen und Prozessen und des Personal- und Dienstleistungsangebots ist der ESF ein konkreter europäischer Beitrag zur Verbesserung der **institutionellen Kapazitäten von öffentlichen Behörden und Interessenträgern und einer effizienten öffentlichen Verwaltung**.

Arbeiten in einer Partnerschaft für konkrete Ergebnisse

Der ESF wurde traditionell im Geiste einer erweiterten Kooperation ins Leben gerufen. Das Wissen und die Fähigkeiten lokaler Akteure oder sektorspezifischer Organisationen und Behörden waren schon immer die Grundlage für den Erfolg. Durch den europäischen Verhaltenskodex für Partnerschaften ist die Konzentration auf Partnerschaften noch stärker und der ESF wird in enger Zusammenarbeit zwischen den öffentlichen Behörden, Sozialpartnern und Stellen eingeführt, welche die zivile Gesellschaft auf nationalen, regionalen und lokalen Ebenen repräsentieren.

Da wir nun den neuen Siebenjahreszeitraum des Programms beginnen und eine Vielzahl von laufenden Programmen zwischen der Kommission und den nationalen und regionalen Behörden verhandelt werden, stellen wir einen starken Trend in Richtung einer eindeutigen Definition der erwarteten Ausgaben und Ergebnisse fest. Die neuen gemeinsamen Aktionspläne und vereinfachten Kostenoptionen werden zunehmend ergebnisorientierte Ansätze fördern. Diese Werkzeuge sollten außerdem beträchtlich dazu beitragen, den administrativen Aufwand für die Empfänger und für das Verwaltungs- und Kontrollsystem zu reduzieren und das Fehlrisiko zu vermindern.

▶ MEHR DAZU
<http://ec.europa.eu/esf>

▶ OPTIMIERUNG DES ÖFFENTLICHEN AUFTRAGSWESENS MIT EU-MITTELN

Das öffentliche Auftragswesen spielt in der europäischen Wirtschaft eine bedeutende Rolle. 2011 gaben staatliche Organe und Versorgungsunternehmen geschätzte 2406 Mrd. EUR für öffentliche Arbeiten, Waren und Dienstleistungsverträge aus, etwa 19% des Bruttoinlandsprodukts der EU.

Öffentliche Verträge zu den oben genannten Schwellenwerten unterliegen dem EU-Vergaberecht; auf diese entfielen im Jahr 2011 425 Mrd. EUR (3,4% des BIP), mit einer kontinuierlichen Steigerung im Laufe des letzten Jahrzehnts.

Die EU-Richtlinien für öffentliche Angebote sollen sicherstellen, dass das System Gerechtigkeit für alle Bieter gewährleistet und durch Ausschreibungen das beste Preis-Leistungs-Verhältnis geschaffen wird. Dennoch enthielt die Arbeit der Prüfer auf EU- und auf nationaler Ebene eine relativ hohe Fehlerquote, insbesondere auf der Ebene der lokalen öffentlichen Verwaltung. Ein Aktionsplan, der Maßnahmen zur Bewältigung dieses Problems enthält – darunter Aufklärung, Schulung und Leitlinien –, wird derzeit von der Kommission entwickelt.

Unregelmäßigkeiten

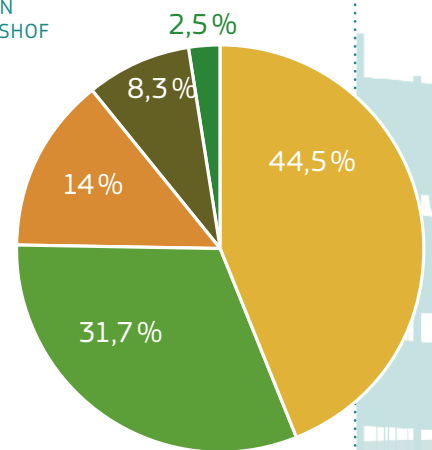
Die administrative Kapazität und Kompetenz für die Verwaltung im öffentlichen Auftragswesen variiert zwischen den Mitgliedstaaten, ist auf der Ebene der lokalen Behörden jedoch häufig am schwächsten.

Aufgrund der Struktur der kofinanzierten Verträge, die häufig komplexe und hochwertige Verträge für große Infrastrukturprojekte umfassen, enthalten der Europäische Fonds für regionale Entwicklung und der Kohäsionsfonds die höchste Fehlerquote in Bezug auf das öffentliche Auftragswesen. Während die Probleme für den Europäischen Sozialfonds, den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums weniger ernst sind, stellen die Defizite im öffentlichen Auftragswesen eine signifikante Quelle von Unregelmäßigkeiten dar. Daher werden finanzielle Korrekturen vorgenommen,

WO WURDEN DIE MEISTEN FEHLER ERMITTELT?

LEGENDE: % DER DURCH DEN EUROPÄISCHEN RECHNUNGSHOF ERMITTELTEN FEHLER

- Unangemessene Auswahl an Geboten oder Bietern
- Nichteinhaltung von Veröffentlichungsanforderungen
- Fehlen von Ausschreibungen oder fehlerhaftes Verfahren
- Vergabe von Zusatzverträgen ohne Ausschreibung
- Ungeeignete Vertragsbedingungen



um die damit verbundenen Finanzierungen wiederzuerlangen, häufig mit Folgen für die Projektdurchführung.

In einigen Mitgliedstaaten sind Qualität und Konsistenz der Ausschreibungsunterlagen häufig mangelhaft, was zu Problemen bei der Auftragserteilung und Umsetzung führen kann. Einige Mitgliedstaaten haben die öffentliche Auftragsvergabe mit nationalen Regelungen übermäßig verkompliziert, was für Begünstigte eine unnötige zusätzliche Verwaltungshürde schafft.

Ausschreibungen auf kommunaler oder lokaler Ebene scheinen anfälliger für Fehler und Unregelmäßigkeiten zu sein. Grund ist möglicherweise eine Kombination von Risikofaktoren wie z. B. eine geringere Leistungsfähigkeit der Verwaltungsbehörden, mangelnde Erfahrung/Fachkenntnisse und möglicherweise in einigen Fällen eine lokale „Verzerrung“ bei der Auswahl von Unternehmen. Dienstleistungsaufträge sind fehleranfälliger als Liefer- und Bauaufträge. Eines der gravierendsten Probleme betrifft die Vergabe zusätzlicher Arbeiten

direkt an den vorhandenen Auftragnehmer ohne Ausschreibung, wodurch der Originalvertrag verändert und der Wettbewerb verfälscht wird.

Auch wenn Fehler bei Vorgehen und Bewertung häufig unabsichtlich begangen werden, können die daraus entstehenden finanziellen Korrekturen für die öffentliche Verwaltung zu ernsthaften Problemen bei der Vertragserfüllung führen.

Mitarbeiter vor Ort

Es wurde ermittelt, dass die Hauptverantwortung für angemessene Ausschreibungsverfahren bei den nationalen Behörden liegt. Über mehrere Jahre hinweg bot die Kommission in Mitgliedstaaten Schulungen an, um die Kompetenz sowohl von Mitarbeitern der Verwaltungsbehörden als auch von Prüfern der öffentlichen Auftragsvergabe zu erhöhen.

Infolgedessen sind die Mitarbeiter vor Ort auf nationaler Ebene sowie die nationalen Prüfer nun besser vorbereitet, um Probleme und Mängel zu ermitteln und zu verhindern. Außerdem optimierten einige Mitgliedstaaten ihre öffentlichen Ausschreibungsverfahren, sodass diese nun besser an die EU-Richtlinien angepasst und die Empfehlungen der Kommission sowie Ratschläge zu bewährten Verfahrensweisen umgesetzt wurden. Dennoch besteht immer noch Bedarf nach einem weiteren Ausbau der Kapazitäten.

Arbeitsgruppe

Es wurde eine Arbeitsgruppe für öffentliche Ausschreibungen gebildet, die mit der Verwaltung des Europäischen Struktur- und Investitionsfonds in Verbindung steht und die weiterhin vorhandenen Schwächen bei öffentlichen Ausschreibungen beheben soll. Die im September 2013 gebildete Arbeitsgruppe besteht aus Vertretern der Generaldirektionen Regionalpolitik und Stadtentwicklung (Vorsitz), Binnenmarkt und Dienstleistungen, Beschäftigung, Soziales Integration, Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Maritime Angelegenheiten und Fischerei sowie der Europäischen Investitionsbank. Es wurden mehrere Maßnahmen zur Verbesserung der Beschaffungsleistung im Zeitraum 2014-2020 ermittelt, von denen einige bereits angelaufen sind.

Dazu zählen der Entwurf und die Weitergabe praktischer Anleitungen zur Verhinderung üblicher Fehler bei der öffentlichen Auftragsvergabe. Die Anleitung befasst sich mit den Hauptphasen der öffentlichen Auftragsvergabe, mit Schwerpunkt auf der Ermittlung und Vermeidung potenzieller Fehler. Zudem umfasst sie einen „Werkzeugkasten“ mit Fallstudien zu bewährten Vorgehensweisen sowie weitere Ressourcen zur umfassenden Beschäftigung mit bestimmten Themen. Außerdem werden konkrete Beispiele dafür gegeben, was während des Projektzyklus bei Ausschreibung und Vertragsumsetzung umgesetzt und was vermieden werden soll. Schließlich wird erläutert, welche Verhaltensweisen

DAS ÖFFENTLICHE AUFTRAGSWESEN ALS GEFAHRENHERD FÜR KORRUPTION.

Weitere Informationen über die Maßnahmen zur Verhinderung von Betrug und Korruption sowie über die in diesem Jahr von der EU ausgerichteten Veranstaltungen bietet Ihnen der Artikel auf Seite 34 und 35 im Panorama 49.

in verschiedenen Situationen empfehlenswert sind, und es wird eine Liste mit den 25 häufigsten und gravierendsten Fehlern bereitgestellt.

Der neue ESI-Fonds enthält zudem bestimmte Bedingungen im Zusammenhang mit öffentlichen Ausschreibungen, sodass sichergestellt werden kann, dass vor der Vergabe der Mittel aus ESI-Fonds in den Mitgliedstaaten und Regionen die entsprechenden Maßnahmen getroffen werden und sich diese in den Partnerschaftsverträgen sowie operationellen Programmen wiederfinden.

Für bestimmte Mitgliedstaaten wie Rumänien und Bulgarien werden besondere Maßnahmenpläne umgesetzt, um ein besseres Verständnis sowie eine besser Einhaltung der Verfahren für öffentliche Ausschreibungen zu erzielen.

Neue Regeln

Ein Paket neuer Verordnungen für öffentliche Ausschreibungen wurde im April 2014 beschlossen. Dieses wird von den Mitgliedstaaten bis 2016 in die nationale Gesetzgebung übernommen. Die Kommission legt einen Schwerpunkt auf die Schulungsbedürfnisse der Mitgliedstaaten im Zusammenhang mit der Einführung und Umsetzung dieser neuen Verordnungen.

► MEHR DAZU

Leitfaden für öffentliches Auftragswesen:

<http://europa.eu/!hb94Mb>

Öffentliches Auftragswesen in der EU:

http://ec.europa.eu/internal_market/publicprocurement/index_de.htm



▶ EU PRÄSENTIERT STRATEGIE FÜR DIE REGION ADRIA- IONISCHES MEER – EUSAIR

Die Europäische Kommission hat eine neue makroregionale Strategie zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in der Region Adria-Ionisches Meer ausgearbeitet. Mit dieser Strategie soll auch die EU-Integration der westlichen Balkanstaaten vorangetrieben werden.

Die Strategie wurde im Juni 2014 von der Europäischen Kommission angenommen. Im Anschluss an die Annahme der Strategie durch den Europäischen Rat werden Governance-Strukturen geschaffen, dank derer noch vor Ende des Jahres mit der Umsetzung der Strategie begonnen werden kann. Die technische und operationelle Unterstützung wird durch das künftige transnationale INTERREG-Programm für die Region Adria-Ionisches Meer bereitgestellt.

Acht Länder – 70 Millionen Menschen

Die Region Adria-Ionisches Meer ist die Heimat von mehr als 70 Millionen Menschen und wird hauptsächlich durch das Becken des Adriatischen und des Ionischen Meeres definiert. In ihrer aktuellen Form baut die Strategie auf der Adriatisch-Ionischen Initiative auf, die acht Länder umfasst: vier EU-Mitgliedstaaten (Griechenland, Italien, Kroatien und Slowenien) und vier Nicht-EU-Länder (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro und Serbien).

Die Strategie fußt auf der umfangreichen Zusammenarbeit dieser Länder, die bereits im Rahmen der EU-Meeresstrategie

EUSAIR – 4 SÄULEN

- 1 Die Säule **Blaues Wachstum** deckt folgende drei Themenfelder ab: Blaue Technologien; Fischerei und Aquakultur und meerespolitische Governance und maritime Dienstleistungen. Außerdem werden im Rahmen dieser Säule nachhaltige und verantwortungsbewusste Fischereipraktiken gefördert, mit denen in Küstengebieten ein angemessenes Einkommen erzielt werden kann.
- 2 Die Säule **Anbindung der Region** hat die bessere Verbindung von Verkehrs- und Energienetzen zum Ziel. Dazu werden folgende Maßnahmen ergriffen: Verbesserung der Sicherheit des Seeverkehrs und Entwicklung vernetzter Hafensysteme; Schaffung zuverlässiger Verkehrsnetze und einer intermodaler Anbindung des Hinterlands sowie Schaffung eines optimal vernetzten und funktionierenden internen Energiemarkts.
- 3 Im Rahmen der Säule **Umweltqualität** wird die regionale Zusammenarbeit gefördert. Damit sind folgende Ziele verbunden: Verbesserung des ökologischen Zustands der Meeres- und Küstenökosysteme; Reduzierung des Artenverlustes und der Degradation der Ökosysteme sowie Verbesserung der Abfallwirtschaft durch eine reduzierte Einleitung von Abfällen und Nährstoffen in Meer und Flüsse. Diese Ziele sollen durch die Konzentration auf die folgenden drei Themenfelder erreicht werden: Stärkung der Meeresumwelt; Reduzierung der Meeresverschmutzung sowie Verbesserung der transnationalen terrestrischen Lebensräume und Biodiversität.
- 4 Im Rahmen der Säule **Nachhaltiger Fremdenverkehr** soll das Potenzial der Region durch die Schaffung qualitativ hochwertiger Tourismusprodukte und neuer Dienstleistungen weiterentwickelt werden. Im Rahmen der Strategie sollen der Tourismus in der Makroregion diversifiziert sowie das Problem des saisonalen Tourismus angegangen werden. Außerdem wird dadurch das nachhaltige und verantwortungsbewusste Fremdenverkehrsmanagement verbessert.

für das Adriatische und das Ionische Meer sowie durch die INTERREG-Programme der EU aufgebaut wurde.

Dritte makroregionale Strategie

Die EU-Strategie für die Region Adria-Ionisches Meer (EUSAIR) stützt sich auf den Erfolg der bestehenden makroregionalen Strategien für den Ostseeraum und den Donaauraum. Mit diesen Strategien wurde eine neue Form der Zusammenarbeit geschaffen, die auf dem Ansatz beruht, dass gemeinsame Herausforderungen und Möglichkeiten in bestimmten Regionen – ganz gleich, ob umweltbezogener, wirtschaftlicher, territorialer oder sicherheitsbezogener Natur – am besten gemeinsam bewältigt bzw. wahrgenommen werden können.

Gründe für die EUSAIR

Die Region Adria-Ionisches Meer ist mit verschiedenen **Herausforderungen** konfrontiert, beispielsweise ausgeprägten wirtschaftlichen Ungleichgewichten; einem Mangel an Kooperationsnetzwerken zwischen Wissenschaft und



AUSBLICK EINE EU-STRATEGIE FÜR DEN ALPENRAUM

Im Dezember 2013 hat der Europäische Rat die Kommission in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten dazu aufgefordert, bis Juni 2015 eine EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALP) zu entwickeln. Diese Strategie umfasst fünf EU-Mitgliedstaaten (Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich und Slowenien) sowie zwei Nicht-EU-Länder (Liechtenstein und die Schweiz) und damit insgesamt 48 Regionen.

Der Alpenraum und seine 70 Millionen Bewohner stehen vor mehreren großen Herausforderungen, für deren Bewältigung eine enge Zusammenarbeit zwischen den entsprechenden Ländern und Regionen erforderlich ist. Die Strategie wird auf drei Maßnahmen fußen:

- ▶ Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und des Wohlstands sowie Verbesserung der Kohäsion des Alpenraums;
- ▶ Sicherstellung der Zugänglichkeit und der Anbindung für sämtliche Bewohner des Alpenraums;
- ▶ Verbesserung der ökologischen Nachhaltigkeit sowie Steigerung der Attraktivität des Alpenraums.

Bis zum 15. Oktober 2014 finden diesbezüglich umfangreiche öffentliche Konsultationen mit den verschiedenen Interessensvertretern statt. Dieser Konsultationsprozess schließt Anfang Dezember 2014 mit einer Konferenz dieser Interessensvertreter. Bis Juni 2015 wird die Kommission einen Vorschlag für eine Mitteilung und einen Aktionsplan vorlegen.

Wirtschaft; mangelhaften Verkehrsanbindungen; unzureichenden Verbindungen zwischen verschiedenen Stromnetzen; einer nicht nachhaltigen Fischerei; Umweltbedrohungen sowie unzureichenden Verwaltungskapazitäten.

Es gibt in der Region jedoch auch einige vielversprechende **Möglichkeiten**, beispielsweise die „blaue Wirtschaft“ oder das Potenzial zur Verbesserung der Land-See-Verbindung, wodurch die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft im Hinterland verbessert werden könnte. Die Region Adria-Ionisches Meer verfügt über eine außergewöhnliche natürliche Schönheit sowie ein reiches kulturelles, historisches und archäologisches Erbe. Damit verbunden ist die Möglichkeit eines nachhaltigen, verantwortungsbewussten und diversifizierten Fremdenverkehrs.

Um diesen gemeinsamen Herausforderungen besser begegnen und die verschiedenen Möglichkeiten besser wahrnehmen zu können, ist allerdings eine **bessere Koordination und Zusammenarbeit** zwischen den entsprechenden Ländern und Regionen erforderlich. Durch die Einbindung der EU wird ein sektorübergreifender Ansatz ermöglicht, der in Einklang mit verschiedenen EU-Politikfeldern steht. Durch diesen Ansatz werden mögliche Komplementaritäten und Synergien zwischen den

in der Region Adria-Ionisches Meer derzeit durchgeführten politischen Maßnahmen und Programmen hervorgehoben. Außerdem können dadurch die zahlreichen für die Förderung der strategischen Ziele verfügbaren Fonds und Programme besser koordiniert und mobilisiert werden.

Vorrang für Wachstum und Beschäftigung

Sämtliche der angeführten Sektoren können bei der Schaffung von Arbeitsplätzen sowie der Stärkung des Wirtschaftswachstums in der Region Adria-Ionisches Meer eine wichtige Rolle spielen. Damit die verschiedenen Maßnahmen optimal gebündelt werden können, konzentriert sich der EUSAIR-Aktionsplan auf eine begrenzte Zahl strategischer Prioritäten, die um vier Säulen herum organisiert sind (siehe Kasten Seite 34).

Außerdem werden im Rahmen der Strategie folgende bereichsübergreifende Ansätze verfolgt: Kapazitätsaufbau und Kommunikation; Forschung, Innovation und KMU; Abschwächung des Klimawandels und Anpassung an den Klimawandel sowie Katastrophenrisikomanagement.

Mit der Strategie sind zwar keine zusätzlichen EU-Finanzmittel verbunden, allerdings werden im Rahmen von EUSAIR die vorhandenen Finanzierungsinstrumente auf EU- und nationaler Ebene im Sinne eines besseren Kosten-Nutzen-Verhältnisses zusammengefasst. Insbesondere durch die Europäischen Struktur- und Investmentfonds und das Instrument für die Heranführungshilfe werden im Zeitraum 2014-2020 umfassende finanzielle Ressourcen sowie zahlreiche Instrumente und technische Optionen zur Verfügung gestellt.

Weitere EU-Fonds und -Programme, mit denen die EUSAIR-Maßnahmen gefördert werden können, sind beispielsweise der Europäische Meeres- und Fischereifonds, die Fazilität „Connecting Europe“, LIFE, COSME und Horizon 2020.

Zusätzliche Finanzmittel sind insbesondere über den Finanzrahmen für die westlichen Balkanstaaten, die Europäische Investitionsbank und weitere internationale Finanzinstitutionen verfügbar. Durch diese Fonds und Instrumente sollte eine signifikante Hebelwirkung entstehen und der Zufluss weiterer Finanzmittel von privatwirtschaftlichen Investoren gefördert werden.

▶ **BROSCHÜRE „FOR A PROSPEROUS AND INTEGRATED ADRIATIC AND IONIAN REGION“:**

http://ec.europa.eu/regional_policy/cooperate/adriatic_ionian/pdf/brochure_072014.pdf

▶ **MEHR DAZU**

http://ec.europa.eu/regional_policy/cooperate/adriatic_ionian/index_en.cfm

►NACHRICHTEN

[IN KÜRZE]

NEUER GENERAL- SEKRETÄR FÜR AdR



Jiří Buriánek ist seit dem 1. September *Generalsekretär des Ausschusses der Regionen*.

Buriánek, der unter anderem über einen Universitätsabschluss in Rechtswissenschaften, einen Dokortitel in europäischem Recht und einen Master of Business Administration verfügt, besitzt

sowohl die tschechische als auch die deutsche Staatsbürgerschaft. Als Direktor im Generalsekretariat des Rates der Europäischen Union war er verantwortlich für netzgebundene Wirtschaftszweige (Energie, Verkehr, Telekommunikation/Informationsgesellschaft). Zuvor war er in der GD Gemeinsame Forschungsstelle der Europäischen Kommission für Erweiterungsfragen verantwortlich und als Generalsekretär von PostEurop tätig – der Vereinigung von großen europäischen Postunternehmen mit Sitz in Brüssel.



►MEHR DAZU

<http://cor.europa.eu/en/about/secretary-general/Seiten/secretary-general.aspx>

CHARTA FÜR MULTI- LEVEL-GOVERNANCE IN EUROPA: VOM KONZEPT ZUR REALITÄT



Laut Michel Lebrun, dem neuen Präsidenten des Ausschusses der Regionen, muss für ein erfolgreiches Europa jede politische Ebene (Region, Nation und Europa) ihren Teil beitragen und auf kohärente und koordinierte Weise mit anderen Verwaltungsebenen zusammenarbeiten, um die EU-Ziele zu erreichen. Dies deutet auf eine größere Einbindung der Regionen und Städte in die Entwicklung und Umsetzung von nationalen Reformprogrammen und

EU-Politik hin, insbesondere in Bezug auf die Wachstumsstrategie Europa 2020. Dank des Vorhabens des AdR, diese Ziele zu erreichen, wurde die „Mehrebenen-Governance“ zu greifbarer Realität, auf Basis der Subsidiaritätsprinzipien und der Partnerschaft zwischen den verschiedenen, an der Entscheidungsfindung beteiligten Interessensträgern. In diesem Zusammenhang wurde die „Charta für Multi-Level-Governance in Europa“ im April dieses Jahres vom AdR angenommen.

Die Charta ist ein politisches Manifest, durch das die EU-Regionen und -Städte von anderen politischen Ebenen profitieren können und durch politische Maßnahmen einen Mehrwert für ihre politische Ebene schaffen können. Über 150 Kommunalbehörden haben die Charta bereits unterschrieben. Wichtige politische Akteure wie Jean-Claude Juncker, José Manuel Barroso und Johannes Hahn brachten ihre Unterstützung zum Ausdruck. Alle Städte, Bezirke, Provinzen und Regionen der EU werden dazu ermutigt, der Charta beizutreten, um die Mehrebenen-Governance zu systematisieren und sie in eine der führenden Prinzipien des europäischen Handelns umzuwandeln.

Die Charta ist online verfügbar und für die elektronische Signatur sämtlicher lokaler und regionaler EU-Behörden geöffnet.



►MEHR DAZU

www.cor.europa.eu/mlgcharter

NEUE LEITLINIEN ZUR SCHAFFUNG VON SYNERGIEN ZWISCHEN EU-FONDS



Die Europäische Kommission hat für nationale und regionale politische Entscheidungsträger Leitlinien veröffentlicht, die für mehr Synergien zwischen den verschiedenen EU-Fonds zur Förderung von Innovation und Wettbewerbsfähigkeit sorgen. Es werden die Komplementaritäten zwischen den ESIF-Fonds, Horizon 2020, COSME, Erasmus+, Creative Europe und den digitalen Dienstleistungen als Teil der Fazilität „Connecting Europe“ erklärt und konkrete Szenarien angeboten, die in den kommenden Jahren als Inspiration für Prioritäten in den ESIF OPs (die derzeit verhandelt werden) und anderen EU-Fonds dienen können.

Der politische Wille für eine derartige Zusammenarbeit ist vorhanden, und Kommissar Hahn sprach von dem Bedürfnis, strategische politische Agendas in Einklang zu bringen und aus dem „Silo-Denken“ zwischen den Interessensträgern von Forschung/Horizont 2020 und denen des sozioökonomischen Zusammenhalts/ESIF-Fonds auszubrechen. Derartige Synergien können durch die Kombination der europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF), von Horizon 2020 und anderen Instrumenten der EU die Investitionen in Forschung und Entwicklung und deren Einfluss auf Wettbewerb, Arbeitsplätze und Wachstum in der EU steigern. In Zeiten schrumpfender öffentlicher Haushalte und wachsender Herausforderungen in den Bereichen Wachstum und internationaler Wettbewerb ist dies unverzichtbar.

Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf dem größten zentral verwalteten Programm Horizon 2020 – dem neuen Rahmenprogramm für Forschung und für Innovation mit einem Budget von fast 80 Mrd. EUR – und den EU-Fonds, die etwa 100 Mrd. EUR für innovationsbezogene Themen vorsehen.

Zusätzlich zum sequenziellen und/oder parallelen Einsatz von Fonds für verschiedene, bereits in der Vergangenheit mögliche Projekte ermöglichen die neuen Verordnungen eine Kombination der Finanzmittel von ESIF und Horizon 2020 im selben Projekt („kumulative Förderung“) zur Erzielung von mehr Wirkung und Effizienz.

Die Verordnung mit den gemeinsamen Bestimmungen legt konkrete Verpflichtungen für Mitgliedstaaten und Regionen

in diesem Bereich fest, insbesondere den Prozess der „Entrepreneurial Discovery“ und die Definition der Strategien für intelligente Spezialisierung, die sowohl vorgelagerte Strategien (Stärkung der Forschungskapazitäten) als auch nachgelagerte Strategien (Übertragung der Ergebnisse in wettbewerbsfähige innovative Güter und Dienstleistungen) umfassen. Außerdem wurde die Grundlage dafür geschaffen, dass Horizon 2020 von den hohen Strukturfonds-Investitionen profitiert, die im letzten Jahrzehnt in Forschungskapazitäten, Wissenschafts- und Technologieparks sowie in Cluster und Humankapital in Forschung und Entwicklung investiert wurden, insbesondere in den neuen Mitgliedstaaten und rückständigen Regionen.

Der Leitfaden „Enabling synergies between European Structural and Investment Funds, Horizon 2020 and other research, innovation and competitiveness-related Union programmes: Guidance for policy-makers and implementing bodies“ (Synergien erzielen zwischen den europäischen Struktur- und Investitionsfonds, Horizon 2020 und anderen EU-Programmen in den Bereichen Forschung, Innovation und Wettbewerbsfähigkeiten: Leitfaden für Entscheidungsträger und Durchführungsorgane) – richtet sich hauptsächlich an Interessensträger, die an der Strategieentwicklung beteiligt sind (beispielsweise an intelligenter Spezialisierung, ESIF-Programmen oder Arbeitsprogrammen), jedoch auch Organe in den Bereichen Projektumsetzung, Auswahl, Berichterstattung, Prüfung usw.

► MEHR DAZU

http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/guides/synergy/synergies_en.pdf



▶ LANCIERUNG DER PARTNERSCHAFT ZWISCHEN EUROPA UND DER ZIVILGESELLSCHAFT

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) vertritt die wirtschaftlichen und sozialen Interessenverbände Europas und hat eine bedeutende Rolle dabei gespielt, die enge Einbindung von Unternehmer- und Arbeitnehmerverbänden und anderen Verbänden der Zivilgesellschaft in die Gestaltung der EU-Politik, insbesondere in Bereichen wie der Kohäsionspolitik, sowie die Partnerschaft mit diesen Verbänden zu fördern.

Der EWSA wurde im Vertrag von Rom aus dem Jahr 1957 mit dem Ziel eingerichtet, wirtschaftliche und soziale Interessenverbände an der Entwicklung des europäischen Projekts zu beteiligen. Dadurch wurde ein institutioneller Mechanismus geschaffen, über den dieses wichtige Segment der Zivilgesellschaft bei der Europäischen Kommission und dem Ministerrat Gehör finden konnte, und der eine formelle Plattform darstellte, über die die Interessenvertreter ihre Ansichten zu EU-Angelegenheiten zum Ausdruck bringen konnten.

Der EWSA hat sich der europäischen Integration verpflichtet und fördert die Entwicklung einer Europäischen Union mit mehr Beteiligung, die mit der öffentlichen Meinung stärker in Verbindung steht. Der Ausschuss zieht die Erfahrung und das Sachwissen seiner Mitglieder heran, um die Beschlussfassung in der EU zu beeinflussen und Konsens zu sichern, der den Interessen aller dient.

Förderung von Partnerschaften

Der EWSA hat schon immer die Bemühungen der EU-Kohäsionspolitik unterstützt, die Solidarität zu stärken und die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern. Der Ausschuss ist ein lautstarker Befürworter des Partnerschaftsprinzips und dessen Integration in die Gestaltung der Regionalpolitik.

In den frühen Anfängen des EWSA war die Partnerschaft nur auf die üblichen wirtschaftlichen und sozialen Akteure ausgerichtet. Im Laufe der Zeit wurde das Konzept erweitert und schließt jetzt alle „sonstigen Stellen, die in diesem Rahmen relevant sind und die die Zivilgesellschaft, die Partner des Umweltbereichs, Nichtregierungsorganisationen sowie Einrichtungen zur Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen vertreten“, ein.



„Es muss das Ziel der Europäischen Union sein, konkrete Veränderungen, die für die Bürger Europas von Bedeutung sind, aktiv voranzutreiben. Daher spielt unser Ausschuss eine wesentliche Rolle, wenn es darum geht, die Erwartungen und Bedürfnisse sowie die Erfolge der auf diesem Gebiet tätigen Akteure nach Brüssel zu tragen. Da unsere Mitglieder in erster Linie Bürger sind – Unternehmer, Gewerkschaftsvertreter, Mitglieder von Familienverbänden, Landwirte usw. – stehen die regionale Entwicklung, die lokale Beschäftigungssituation sowie der soziale Zusammenhalt im Mittelpunkt unserer Interessen und unseres Wirkens. Wir sind die Stimme der Zivilgesellschaft und als solche verantwortlich dafür, eine andere, gleichwohl unbedingt notwendige Sichtweise zu vertreten, die der Europapolitik eine Orientierung gibt. Dieses Anliegen ist die Triebfeder unseres täglichen Engagements für ein Europa der Lösungen.“

HENRI MALOSSE – VORSITZENDER DES EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSSES (EWSA)

Bei der Gestaltung der Kohäsionspolitik für den Zeitraum 2014-2020 ist der EWSA konsequent dafür eingetreten, das Prinzip der Partnerschaft mit der Zivilgesellschaft im Programm der Kohäsionspolitik in den Mitgliedstaaten der EU zu bekräftigen. Dies führte zur Aufnahme bestimmter Vorschriften in der Verordnung, die die Mitgliedstaaten verpflichten, wirtschaftliche und soziale Partner und andere relevante Einrichtungen, die die Zivilgesellschaft vertreten, bei der Vorbereitung von Partnerschaftsvereinbarungen und Zwischenberichten und bei der Vorbereitung, Umsetzung und Überwachung von operationellen Programmen einzubeziehen. Darüber hinaus wurden auf Veranlassung des Ausschusses spezifische Rechtsvorschriften angenommen, die in einem Verhaltenskodex für Partnerschaften dargelegt sind.

„Zum Tango gehören immer zwei“

Im Februar 2009 wurde der EWSA von der Europäischen Kommission gebeten, eine Sondierungsstellungnahme zum Thema „Förderung einer effizienten Partnerschaft bei der Verwaltung des neuen Programmplanungszeitraums in der Kohäsionspolitik für den Zeitraum 2007-2013 unter Rückgriff auf bewährte Verfahrensweisen“, zu entwerfen. Der EWSA machte es sich zur Aufgabe, bewährte Verfahrensweisen für Partnerschaften in den operationellen Programmen der Kohäsionspolitik zu ermitteln. Von den Mitgliedern des EWSA, von nationalen Wirtschafts- und Sozialräten, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden (d. h. die Sozialpartner) und anderen Organisationen der Zivilgesellschaft (d. h. Sozialwirtschaft, Nonprofit-Sektor und Nichtregierungsorganisationen) wurde eine beträchtliche Anzahl an Außeneinsätzen geleistet.

Die Ergebnisse dieser Arbeit wurden in einer überaus fundierten und einflussreichen EWSA-Studie zur Entwicklung des Partnerschaftsprinzips in der Kohäsionspolitik der EU mit dem Titel *Zum Tango gehören immer zwei* veröffentlicht.

Makroregionale Strategien

Die Entwicklung von makroregionalen Strategien für Länder oder Regionen mit gemeinsamen Problemen und Interessen ist ein Anliegen, das für den EWSA von besonderem Interesse ist. Der Ausschuss hat intensiv an der Entwicklung von EU-Strategien für den Ostsee- und den Donauroum mitgewirkt. Er erstellt derzeit Stellungnahmen, die die Entwicklung von EU-Strategien für die Region Adria-Ionisches Meer und den Alpenraum unterstützen.

Der EWSA empfiehlt, dass den „Partnern“ – wirtschaftlichen und sozialen Akteuren sowie Akteuren der Zivilgesellschaft – bei diesem Prozess eine Schlüsselrolle zukommt, die mit dem allgemeinen Partnerschaftsansatz in der Gestaltung von Kohäsionspolitik in Einklang ist. Darüber hinaus hat der EWSA in Eigeninitiative die Entwicklung einer makroregionalen Strategie für den Atlantikraum vorgeschlagen, der das westliche Tor Europas bildet. Die Makroregion „Atlantikraum“ würde die Regionen und Inseln der Atlantikküste Frankreichs, Großbritanniens, Irlands, Portugals und Spaniens umfassen, einschließlich der Kanarischen Inseln, der Azoren und Madeira. Island, Norwegen, Grönland und die Färöer-Inseln könnten ebenfalls einbezogen werden.

Städtische und lokale Angelegenheiten

Der EWSA hat mehrere Stellungnahmen erarbeitet, in denen die zunehmende Bedeutung von Metropolregionen aufgezeigt wird. Der EWSA ist der Ansicht, dass ausgeglichene und stabile Stadtgebiete, die im Rahmen von Europa 2020 integriert werden, eine Vorreiterfunktion für zukünftige Entwicklungen übernehmen, wobei jedes Gebiet seine eigene Identität und seine Besonderheiten bewahrt.

DER EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS KURZ UND KNAPP ERKLÄRT

Seit dem Beitritt Kroatiens zur EU am 1. Juli 2013 gehören dem EWSA 353 Mitglieder an. Diese stammen aus wirtschaftlichen und sozialen Interessenverbänden in Europa. Die Mitglieder werden von den nationalen Regierungen nominiert und vom Rat der Europäischen Union für eine verlängerbare Amtszeit von 5 Jahren ernannt. Die letzte Verlängerung erfolgte im Oktober 2010 für die Mandatsperiode 2010-2015. Die Mitglieder gehören einer von drei Gruppen an: Arbeitgeber, Arbeitnehmer und verschiedene Interessen. Die Mitglieder haben die Aufgabe, Stellungnahmen zu Angelegenheiten von europäischem Interesse zu erarbeiten und diese dem Rat, der Kommission und dem Europäischen Parlament vorzulegen. In bestimmten Fällen haben die Kommission oder der Rat die Pflicht, den EWSA zu konsultieren, in anderen Fällen ist die Konsultation optional. Der EWSA kann Stellungnahmen jedoch auch in Eigeninitiative erarbeiten. Im Durchschnitt gibt der EWSA im Rahmen seiner beratenden Funktion 170 Dokumente und Stellungnahmen pro Jahr ab (ca. 15% davon sind Initiativarbeiten). Alle Stellungnahmen werden an die beschlussfassenden Organe der Europäischen Union weitergeleitet und später im Amtsblatt der EU veröffentlicht.

Die Metropolregionen werden auch einen positiven makroökonomischen Einfluss auf Europa haben. Politische Ansätze in Bezug auf die Entwicklung von Metropolregionen sollten parallel umgesetzt werden, und das Hauptaugenmerk sollte auf die Verringerung von regionalen Unterschieden gerichtet werden.

Der EWSA empfiehlt die Einrichtung einer bereichsübergreifenden Arbeitsgruppe für die Entwicklung von Metropolregionen, in der verschiedene Vertreter der Mitgliedstaaten, der Stadtgebiete und der Zivilgesellschaft sowie öffentliche und private Interessenvertreter zusammenkommen würden.

Eine solche Gruppe könnte eine langfristige und grenzüberschreitende Vision für die Städte Europas entwickeln. Eine kohärente und effiziente europäische Städteagenda für 2050 sollte die bruchstückhaften Ansätze durch ein Gesamtkonzept ersetzen. Zudem arbeitet der EWSA an einer Stellungnahme zur von der Gemeinschaft geleiteten regionalen Entwicklung (CLLD), einem speziellen Instrument, das auf subregionaler Ebene Anwendung findet. Die CLLD soll Gemeinden und lokale Organisationen darin unterstützen, die Ziele der Strategie Europa 2020 – intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum – zu erfüllen.

► DIE BROSCHÜRE **ZUM TANGO GEHÖREN** **IMMER ZWEI** HERUNTERLADEN:
<http://www.eesc.europa.eu/resources/docs/cese-2011-05-de.pdf>
 ► MEHR DAZU
www.eesc.europa.eu



▶ KONTINUITÄT UND VERÄNDERUNG

DIE REGIONALPOLITIK DER EU SEIT 1989



Ronald Hall, Hauptberater des Generaldirektors für Regionalpolitik und Stadtentwicklung, stellt folgende Überlegungen über die Entwicklung und Weiterentwicklung der EU-Regionalpolitik der letzten 25 Jahre an.

In der Präambel des ursprünglichen Vertrags von Rom aus dem Jahr 1957, der zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsunion (EWG) von sechs Gründungsländern unterzeichnet wurde, hieß es, dass die Mitgliedstaaten „bestrebt sind, die Vereinigung ihrer Wirtschaften zu stärken und die harmonische Entwicklung durch Reduzierung der bestehenden Unterschiede in den verschiedenen Regionen und die Rückständigkeit der am meisten beachteiligten Regionen sicherzustellen“.

Die Umwandlung dieser politischen Priorität zu einem späteren Zeitpunkt in eine EU-weite Regionalpolitik war aufs Engste verknüpft mit den Fortschritten bei den eher allgemeinen Prozessen der europäischen Integration, besonders hinsichtlich der Entwicklung in eine Wirtschafts- und Währungsunion, die schlussendlich mit dem Euro zum Entstehen einer einzigen Währung führte. Im europäischen Integrationsprozess wurde die Idee des finanziellen Föderalismus und die Schaffung eines Finanzausgleichs fallen gelassen und stattdessen von 1989 an auf ein System gesetzt, das auf die Förderung des Wirtschaftswachstums und die Entwicklung schwächerer Mitgliedstaaten und Regionen setzte. Durch die Kanalisierung von Investitionsmitteln aus dem zentralen EU-Haushalt konnten Sie an den Vorteilen der Wirtschafts- und Währungsunion teilhaben.

Die Entwicklung der Politik zeigt über die Zeit an vielen Stellen die Doppelnatur der EU-Regionalpolitik auf. Auf der einen Seite stellte diese Politik **Umverteilungsmechanismen** in Ermangelung anderer Möglichkeiten für die Förderung ärmerer Gebiete in der EU zur Verfügung. Auf der anderen Seite bedeutete dies auch einen **Mechanismus für Wirtschaftswachstum und Entwicklung**, bei dem Ressourcen sich eine begrenzte Anzahl an Investitionsfeldern konzentrierten.

Für die frühen Phasen, 1988 und 1990, könnte man sagen, dass auf Ebene der politischen Führung Europas eher zu viel Wert auf die Umverteilung gelegt wurde. Dadurch betrafen möglicherweise zu viele Bemühungen die Sicherung von Ressourcen für Kohäsions- und Regionalpolitik und es wurde weniger Wert auf die erfolgreichste Verwendungsart dieser einmal erworbenen Ressourcen gelegt.

Investition in Wirtschaftswachstum

Dies änderte sich, nachdem die Mitgliedstaaten sich mit dem Vertrag von Lissabon Jahr 2000 auf einen Aktionsplan einigten, mit dem man entschlossenere gemeinsame Maßnahmen erreichen wollte, um das Problem der (relativ sinkenden) internationalen europäischen Wettbewerbsfähigkeit anzugehen. Er war darauf ausgerichtet, alle verfügbaren finanziellen Ressourcen für neue Investitionen zu mobilisieren. Durch die Haushaltsentscheidungen des letzten Jahrzehnts wurde die Regionalpolitik mit Abstand zur größten potenziellen Quelle für derartige Investitionen auf europäischer Ebene.

Damit begann eine wichtige Verschiebung im Rahmenkonzept der Politik: statt den Schwerpunkt auf die Umverteilung zu legen, konzentrierte man sich nun auf Wirtschaftswachstum und Entwicklungsaspekte. Grundlage der Politik war seitdem, eine Investitionsquelle zu bieten. Diese sollte als Hilfestellung bei der Realisierung einer Abfolge von (verwandten) Wettbewerbsstrategien dienen, auf die sich die Union nach dem Jahr 2000 stützte (die Lissabon-Strategie (2000), die Wachstums- und Beschäftigungsstrategie (2005) und die Strategie Europa 2020 (2010)).

Damit die europäischen Investitionen als Beitrag zur Realisierung dieser Strategien geliefert werden konnten, waren gravierende Änderungen an dem Mehrebenen-Durchführungssystem notwendig, um die europäischen Prioritäten in tatsächlichen Investitionsentscheidungen umzusetzen, die auf regionaler oder lokaler Ebene getroffen wurden. Dies hat zu einer Stärkung der Bedingungen für Programme der Regionalpolitik geführt, beginnend mit der bevorzugten Unterstützung von wichtigen Investitionsbereichen bei der Planung der strategischen Programme für 2007-2013. Diese Bedingungen wurden für den jetzt beginnenden Zeitraum 2014-2020 weiter verstärkt, zumindest auf legislativer Ebene (die tatsächliche Einführung muss noch stattfinden).



Wirtschaftliche Stabilität

Zudem ist die Politik nicht nur darauf ausgerichtet („konditioniert“), zum Erreichen der Ziele der aktuellen EU-Wettbewerbsstrategie-Version (Europa 2020) beizutragen. Auch ist sie im Europa nach der Krise zu einem Stabilitätsinstrument für die Wahrung der Wirtschafts- und Währungsunion als Ganzes geworden, einschließlich möglicher Sanktionen bei Nichtbeachtung der EU-Grenzwerte für nationale makroökonomische Größenordnungen. In gewisser Weise wurde damit ein Kreis geschlossen. Der historische Fortschritt, den die Union mit der Einführung einer echten europäischen Regionalpolitik erreichen konnte, setzte Fortschritte der Prozesse im Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion voraus. Heute benötigt die Wirtschafts- und Währungsunion die Kohäsions- und Regionalpolitik als Instrument, um ihren Erfolg zu untermauern.

Natürlich bleibt trotz des Paradigmenwechsels bei der EU-Kohäsions- und Regionalpolitik die originäre, starke Umverteilungsdimension erhalten und der Großteil der Ressourcen richtet sich an die ärmsten Regionen, gemessen am Einkommen pro Kopf (BIP). Dies ist für sich bereits eine beachtliche politische Errungenschaft.

Der politische Diskurs hat sich jedoch geändert und konzentriert sich auf die Zuordnungsrolle bei der Zielsetzung von Investitionsprojekten, die für den wirtschaftlichen Erfolg in Europa ausschlaggebend sind. Daher liegt der Schwerpunkt auf der Zukunft. Nun sollen weniger genutzte Ressourcen mobilisiert werden, anstatt zu versuchen, die Probleme der Vergangenheit zu kompensieren. Schließlich wurde zur Ausführung dieser Rolle bei der Realisierung der globalen EU-Wirtschaftsziele anerkannt, dass die Politik sowohl in den armen als auch in den reichen Regionen der Union intervenieren muss, auch wenn sich die Ressourcen zwangsläufig und mit Recht auf die Ärmsten konzentrieren.

▶ PANORAMA HAT DIE 50. AUSGABE ERREICHT

Im Rahmen dieses Meilensteins freuen wir uns, von Ihnen – unseren Lesern – zu hören. Nutzen Sie die Chance und teilen Sie uns mit, was Sie über *Panorama* denken. Was gefällt Ihnen? Was finden Sie nützlich?

Die erste Ausgabe wurde im Oktober 2000 veröffentlicht. In den letzten 14 Jahren ist *Panorama* gewachsen und gediehen und wurde zu einem der wichtigsten Kommunikationsmittel der Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung.

Welche Entwicklung würden Sie in den nächsten Jahren gerne sehen? Schreiben Sie uns, was Sie denken. Wir werden einige Beiträge in den künftigen Ausgaben veröffentlichen. **AUF DIE NÄCHSTEN 50 AUSGABEN!**



SCHREIBEN SIE UNS, WAS SIE DENKEN!

▶ regio-panorama@ec.europa.eu



✉ **SZILVIA MÉSZÁROS**

AMT FÜR KOMMUNIKATION ZUR KOHÄSIONSPOLITIK, AMT DES PREMIERMINISTERS, **UNGARN**

Als Kommunikationsbeauftragte bin ich aktiv an der Verbreitung der Ergebnisse der Kohäsionspolitik in Ungarn über Kampagnen und Veröffentlichungen beteiligt. Ich habe die Aufgabe, die ungarischen Kommunikationsaktivitäten an die Europäische Kommission zu übermitteln. Mir bietet das *Panorama*-Magazin die einzigartige Möglichkeit, einen Einblick in die verschiedenen Aspekte der Politik in der EU zu erhalten. In der Kommunikation müssen Ideen kontinuierlich aufgefrischt werden, um die Botschaft effizient zu vermitteln. Das Magazin war für unsere Arbeit eine inspirierende Quelle bewährter Vorgehensweisen und nützlicher Informationen über die Regionalpolitik. Die Teilnahme an der Vorbereitung des ungarischen Europatags (Europatag 2014 in der EU) in der vorigen Ausgabe versorgte uns beispielsweise mit wertvollen neuen Ideen, die uns für die nächste Veranstaltung als Anregung dienen.

✉ **NOAH, „PROJECT LOVER“**

ÖFFENTLICHKEITSABTEILUNG FÜR DIE EU, MINISTERIUM FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG, **TSCHECHISCHE REPUBLIK**

Hallo, ich heiße Noah! Möglicherweise habe wir uns schon kennen gelernt, vielleicht beim INFORM-Meeting in Prag? Wie auch immer, wahrscheinlich wisst ihr schon, dass ich ein großer Fan des *Panorama*-Magazins bin! Ob ihr es glaubt oder nicht, meine Lieblingsbeschäftigung ist, etwas über EU-kofinanzierte Projekte zu lesen. Ich will alles darüber erfahren – wo werden sie durchgeführt, welche Aspekte machen sie interessant –, aber vor allem möchte ich sie mit meinen eigenen Augen sehen! Um mir diesen Wunsch zu erfüllen, reise ich durch Europa und besuche alle Mitgliedstaaten, in denen ich schon viele neue Freunde kennengelernt habe, die mir die Projekte ihrer Länder erklären. Ich freue mich, auch euch bald zu sehen! ☺



Let's stay connected...

▶ **HIER KÖNNEN SIE NOAH KENNEN LERNEN**

https://www.youtube.com/watch?v=SjE_FlVGtn4&feature=youtu.be

▶ **PAULA ASCENÇÃO**
KOMMUNIKATIONS-
BEAUFTRAGTE, COMPETE,
PORTUGAL



Kommunikation und Information sind strategische Felder für das Verwaltungsgremium des Programms COMPETE. In der Arbeit, die ich koordiniere, spielen diese beiden Aspekte eine Schlüsselrolle. Unsere Arbeit muss sowohl mit den Richtlinien des Leitungsausschusses als auch mit den Prioritäten des Programms im Einklang stehen. Aus diesem Grund gestalten wir unsere Arbeit so, dass wir alle verfügbaren Werkzeuge sichtbar machen und versuchen, die Bedürfnisse der Empfänger mit den Zielen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung in Übereinstimmung zu bringen. In erster Linie zielen wir darauf ab, die Ergebnisse der finanziellen Unterstützung an die Öffentlichkeit zu bringen, und dafür arbeiten wir eng mit den Empfängern zusammen.

Als Zuständige für die Öffentlichkeitsarbeit halte ich das Magazin *Panorama* für eine unverzichtbare Stütze, nicht nur für die einfach zugänglichen Neuigkeiten über die relevantesten Themen rund um die Kohäsionsfonds. Als Befürworter eines freien Zugangs zu dieser Art von Informationen sehen wir im digitalen Format ein wichtiges Werkzeug zur Förderung der Interaktion in den sozialen Netzwerken und somit zur Verbreitung der Information. Außerdem haben unsere Anhänger aus dem Ausland die Möglichkeit, mehr über andere EU-finanzierte Projekte zu erfahren.

Vor diesem Hintergrund verstehen wir das Magazin *Panorama* als ein Werkzeug der Information, das wir mit Empfängern und anderen Bürgern teilen. Wenn die digitale Version für Tablet-Benutzer interaktiver und benutzerfreundlicher gestaltet werden könnte, würde *Panorama* langfristig sicher noch mehr Erfolg haben.

▶ **PAULA VICENTE**
LEITERIN DER KOMMUNIKATIONSABTEILUNG UND VERTRETERIN
PORTUGALS BEI INIO UND INFORM, PORTUGAL

Als Hauptverantwortliche für die Öffentlichkeitsarbeit der Fondsinvestitionen im Rahmen der Kohäsionspolitik und als Portugals Vertreterin in den EU-weiten Kommunikationsnetzwerken INIO und INFORM habe ich in *Panorama* eine Quelle der Inspiration und des Wissens gefunden. Die Entwicklung von *Panorama* im Laufe der Zeit bietet interessante Aspekte. So ist das Magazin immer bürgernäher geworden, hat die aktive Teilnahme gefördert und zunehmend aktuelle Themen behandelt. Für die Zukunft werfe ich den folgenden Fehdehandschuh hin: *Panorama* sollte nachhaltiger und flexibler werden, sich von der Druckversion befreien und sich auf die Online-Ausgaben konzentrieren, wobei das Format folglich an die digitalen Medien angepasst werden sollte.



▶ **SUSANNE BELIHART**
PROJEKTMANAGER, PRISMA SOLUTIONS, ÖSTERREICH

Als Projektmanagerin für die Programme der europäischen territorialen Zusammenarbeit – unter anderem bin ich für die Regionen Mitteleuropa und Südeuropa und die grenzübergreifende Zusammenarbeit im Zeitraum 2007-2013 zuständig – besteht neben meiner Alltagsarbeit wie Berichterstellung, PR und Besprechungen eine meiner wichtigsten Aufgaben darin, mir die positiven und manchmal weniger positiven Erfahrungen „meiner“ Partner bei ihren Aktivitäten anzuhören, Lösungen für komplexe Probleme zu finden und ihnen das Leben so einfach wie möglich zu machen.

Panorama bietet mir aktuelle Informationen über die neuesten Entwicklungen strategischer Prozesse innerhalb der EU und gleichzeitig praktische Informationen aus anderen Projektbeispielen und Themen. Mit Blick auf künftige Projekte sind all diese Daten sehr hilfreich, wenn die Zusammenarbeit weiter entwickelt und relevante Ziele definiert werden sollen.

Infografiken und die „Nachrichten in Kürze“ sind wertvolle, kurz und bündig verfasste Informationspakete, die in künftigen Ausgaben vertieft werden können.





Gesamtkosten:
17700000 EUR
EU-Mittel:
3186000 EUR

▶ SPANIEN

▶ INTEGRIERTES SYSTEM FÜR BEHANDLUNGSUNTERLAGEN VERBESSERT DAS REGIONALE GESUNDHEITSWESEN

Die Einführung des elektronischen Systems für Patientenakten IANUS (EHR) unterstützte das öffentliche Gesundheitswesen in Galizien, Spanien und führte in der Patientenpflege zu einer enormen Steigerung der Effizienz, reduzierte die Zahl der Arztbesuche und verkürzte die Wartezeiten.

Die klinischen Informationen und Verwaltungsinformationen, die früher in vielen verschiedenen Systemen gespeichert waren, wurden durch das IANUS-Projekt in ein EHR-System zusammengefasst, das für alle Patienten gilt.

Die neue IT-Plattform stellt die Kontinuität von Behandlungen zur Verfügung, unabhängig davon, ob Arztbesuche für nach Behandlung suchenden Patienten stattfinden oder nicht. Die vollständigen Unterlagen der patientenbezogenen Informationen stehen dem gesamten medizinischen Personal über ein Zentralsystem zur Verfügung.

Als Ergebnis haben Ärzte und Krankenschwestern sofortigen Zugriff auf eine größere Informationsmenge, die für Entscheidungen relevant ist und sind dadurch in der Lage, bessere und schnellere Diagnosen zu stellen und dem Patienten eine bessere persönliche Behandlung angedeihen zu lassen.

Da alle öffentlichen und privaten Krankenhäuser, Gesundheitszentren und Apotheken über IANUS verbunden sind, hat das medizinische Personal Zugriff auf die vollständigen Historie der Verschreibungen des Patienten und stellt damit Informationen zur gesamten Krankengeschichte, Allergien, früheren

Behandlungen, Pflegeprogramme usw. des Patienten zur Verfügung und verbessert somit die Kontinuität der Patientenpflege. Das System ist auch mit dem staatlichen Gesundheitsdienst Spaniens verbunden, was einen Einblick in Patienteninformationen erlaubt, die in anderen Landesregionen aufgezeichnet wurden.

Das IANUS-System ist auch für die allgemeine Öffentlichkeit zugänglich und etwa 2,7 Millionen Einwohner in Galizien können mit ihrer nationalen ID-Nummer auf die Basisinformationen ihrer eigenen Krankenakte über das Internet zugreifen.

Diese Änderungen sind besonders hilfreich für Menschen mit chronischen Krankheiten. Es wird geschätzt, dass durch IANUS die Krankenbesuche in der Notaufnahme von Krankenhäusern um 4% und Arztbesuche für Erstversorgung um 10% gesunken sind.

Das würde bedeuten, dass die Zahl der Patienten, die auf einen Termin warten, um 19% gesunken ist. Die Einführung eines elektronischen Rezeptdienstes ergab 2,5 Millionen weniger Arztbesuche von Patienten im Jahr.

IANUS ist jetzt vollständig in 14 Krankenhäusern und mehr als 400 Erstversorgungszentren eingeführt und stellt eine solide Basis für ein komplettes Patientenzentralsystem einschließlich Telegesundheit, Teleüberwachung und ein Web 2.0-Modell für Patienten zur Verfügung.

▶ MEHR DAZU
www.sergas.es

▶ EUROPÄISCHE TERRITORIALE ZUSAMMENARBEIT

▶ SAUBERE KÜSTENGEWÄSSER DURCH ÜBERWACHUNG DER VERSCHMUTZUNG

Gesamtkosten:
4 355 000 EUR
EU-Mittel:
3 266 000 EUR

Die Gewährleistung von Stränden und Badegewässern in guter Qualität entlang der Küsten von Wales und Irland ist das Ziel des Projekts **Intelligente Küste**, welches die öffentliche Gesundheit schützt und Vorteile für den Tourismus bietet.

Ein System, das Informationen in Echtzeit über die Badewasserqualität entlang der Küstengewässer von Irland und Wales zur Verfügung stellt, wurde im Rahmen des ERDF-geförderten Projekts „Smart Coasts = Sustainable Communities“ (intelligente Küsten = nachhaltige Kommunen) entwickelt.

Das Gemeinschaftsprojekt wurde von Forschern des Universitäts-College in Dublin, Irland und der Aberystwyth-Universität, Großbritannien durchgeführt, um das Verständnis des Verschmutzungsflusses und der Konzentrationen in Küstennähe zu verstehen und Informationen in Echtzeit an die Kommunen an der Küste zu liefern.

Das System überwacht die Auswirkung von Regen oder die Höhe des Flusswassers in den relevanten Gegenden. Es untersucht auch den Oberflächenabfluss an der Küste im Verhältnis zu Strömungsmustern in Küstennähe, die für Verschmutzungskonzentrationen in bestimmten Lagen verantwortlich sein können.

Diese Informationen werden dann den lokalen Gemeinden an der Küste elektronisch zur Verfügung gestellt. Sie warnen bei potenziellen Problemen und helfen sicherzustellen, dass den lokalen Einwohnern und Besuchern sichere Badegewässer und sichere Küsten zur Verfügung stehen.

Die Echtzeit-Überwachung von Verschmutzungsfluss und Verschmutzungsgrad unterstützen die Beibehaltung und Erhöhung der Zahl an hochqualitativen „Blue Flag“-Küsten (Küsten mit blauer Flagge) in Irland und Wales, insbesondere dann, wenn die strengeren Standards der Badegewässerrichtlinie der EU im Jahr 2016 in Kraft treten.



Das Projekt Smart Coasts konzentriert sich derzeit auf Swansea Bay im Süden von Wales und die Küstenstadt Bray in der Grafschaft Wicklow in Irland. Beides sind Standorte in Ballungsgebieten mit Küsten in Gehweite für Tausende Einwohner. Es sind populäre Zielorte für Tourismus und Wassersport und in beide wurde erheblich investiert, um die Infrastruktur und Erholungseinrichtungen zu verbessern.

Das Verfahren zur Datenerfassung kann auch Qualitätsinformationen zu den relativen Beiträgen der verschiedenen Verschmutzungsverursacher liefern und bietet den kosteneffektivsten Ansatz für zukünftige Verbesserungsstrategien gegen Verschmutzung.

Das Projekt, das teilweise über das Programm zur territorialen Zusammenarbeit 2007-2013 der EU für Irland und Wales gefördert wurde, bringt Vorteile für Küsten in ganz Irland und Wales und letztlich auch in anderen Teilen Europas. Es unterstützt die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen und strategischen Werte von küstennahen Gewässern für die örtliche Wirtschaft und Kommunen.

▶ MEHR DAZU
www.smartcoasts.eu

►EUROPEAN TERRITORIAL COOPERATION

►UNTERSTÜTZUNG FÜR KMU FÖRDERT AUSWEITUNG ÜBER GRENZEN HINWEG

In Nordwesteuropa ansässige kleine Unternehmen im Sektor der Biowissenschaften erhalten Mittel und Zugang zu Experten in anderen Regionen, die ihnen bei der Entwicklung von Produkten und Marketingkonzepten helfen.

Gesamtkosten:
3 140 000 EUR
EU-Mittel:
1 570 000 EUR



Innovative kleine und mittlere Unternehmen (KMU) spielen bei der Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen im Bereich der Biowissenschaften und Medizintechnik eine entscheidende Rolle. Innovation ist jedoch komplex und kostspielig, und die benötigten Fachkenntnisse, Einrichtungen und Mittel sind nicht immer in der Umgebung eines Unternehmens verfügbar.

Im Rahmen des IN2LifeSciences-Projekts arbeiten acht führende Regionen in Nordwesteuropa, in denen die Biowissenschaften eine starke Präsenz aufweisen, zusammen, um den KMU die Mittel und Kontakte zur Verfügung zu stellen, über die sie transnationalen Zugang zu den benötigten Geräten, Ressourcen und Entwicklungskennnissen erhalten. Das IN2-LifeSciences-Netzwerk umfasst Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich und die Niederlande.

Das Projekt bietet drei Arten von Anreizen für die Unterstützung von Innovation: „Collaboration“ (7 000 EUR), „Insight“ (4000 EUR), „Meet & Greet“ (Kosten bis zu 500 EUR). Dabei handelt es sich zwar um relativ kleine Beträge, diese sind aber für die Entwicklungsphase der kleinen Unternehmen im Bereich Biowissenschaften wichtig.

Bisher wurden insgesamt 224 finanzielle Anreize bewilligt, seit das Projekt im April 2012 gestartet wurde. Diese entsprechen den Mitteln für 70 „Collaboration“- , 44 „Insight“- und 110 „Meet & Greet“-Maßnahmen.

Im Mai 2014 wurde der vierte und letzte Finanzierungsauf-ruf beendet, und insgesamt wurden finanzielle Anreize für 28 Unternehmen bewilligt – 13 benötigen Technologie- und Marktwissen und 15 möchten mit einem ausländischen Partner im IN2LifeSciences-Netzwerk zusammenarbeiten.

Neben der Bereitstellung von Mitteln, die den Zugang zu internationalem Know-how ermöglichen sollen, organisiert IN2-LifeSciences transnationale „Elevator Pitch“-Veranstaltungen – die KMU dabei helfen sollen, einen Kontakt zu ausländischen Investoren herzustellen – und „Webinare“ mit Onlineschulungen. Eine weitere Möglichkeit für Unternehmen im Bereich Biowissenschaften, um Organisationen zu finden, mit denen sich eine Zusammenarbeit anbieten würde, sind internationale Vermittlungsworkshops und andere Innovationsveranstaltungen.

Die KMU haben Zugang zum IN2LS-Onlineverzeichnis mit etwa 224 Anbietern von Technologiedienstleistungen, 15 Anbietern von Finanzdienstleistungen und 72 Anbietern von marktbestimmten Dienstleistungen. Jeder regionale Partner im Projekt ist dafür verantwortlich, Bewerber in seinem Gebiet zu gewinnen und zu beurteilen. Dafür steht ihm ein Budget von 100000 EUR zur Verfügung.

Kommentar von Annick Pierrard von der Interface Enterprises-Universität der Universität Lüttich in der Wallonischen Region (dem belgischen Partner): „Es lag an uns, diese kleinen Unternehmen zu finden und auf sie zuzugehen – oft telefonisch –, um sie darauf aufmerksam zu machen, dass sie Unterstützung erhalten können. Durch unsere Öffentlichkeitsarbeit gewinnt das Programm zunehmend an Fahrt, und wir haben bereits schöne Erfolgsgeschichten von den unterstützten KMU gehört. Die von uns gebotene Möglichkeit, um Zugang zu transnationaler Expertise zu finden, ist für die Entwicklung vieler dieser kleinen Unternehmen im Bereich Biowissenschaften von wesentlicher Bedeutung.“

►MEHR DAZU
www.in2lifesciences.eu



▶ GRIECHENLAND

▶ INTERNATIONALE EXPANSIONSUNTERSTÜTZUNG FÜR GRIECHISCHE KU



Gesamtkosten:
97 500 000 EUR
EU-Mittel:
30 000 000 EUR

Kleine Unternehmen in Griechenland werden im Hinblick auf Zusammenarbeit und die gemeinsame Erschließung ihrer internationalen Märkte gefördert.

Das Programm „Extraversion – Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen“ wurde konzipiert, um die Wettbewerbsfähigkeit von lokalen Unternehmen auf internationaler Ebene zu verbessern und um die Unternehmen zu erweitern.

Das Programm ist auf weltoffene und exportorientierte Unternehmer ausgerichtet und soll die Wirtschaft Griechenlands durch die Förderung der Produkte und Dienstleistungen des Landes, die einen hohen Mehrwert besitzen, stärken.

Zu diesem Zweck wird in diesem Programm großer Wert auf die Entwicklung von Zusammenarbeit und Partnerschaften zwischen kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in der verarbeitenden Industrie, im Baugewerbe und im Dienstleistungssektor gelegt. Im Rahmen des EU-geförderten Programms erhalten Gruppen von KMU (mindestens drei) finanzielle Unterstützung, vorausgesetzt, dass sie die Exportaktivitäten gemeinsam durchführen.

Es gibt viele verschiedene Möglichkeiten, wie die verfügbaren Mittel genutzt werden können, z. B.: für die Fertigung neuer oder differenzierter Produkte oder Dienstleistungen und die entsprechenden Werbemaßnahmen, für die Einführung neuer Technologien, für Prototypen und Innovationen, für die Diversifizierung der produktiven Basis des Unternehmens, für die Entwicklung von umweltfreundlichen Geschäftspraktiken oder Recycling-Aktivitäten.

Über das Programm konnte THYRATRON S.A. (oben abgebildet) ein System zur Qualitätskontrolle implementieren, das eine Umsatz- und Produktionssteigerung von 100% ermöglichte.

Das Programm ist zwar vor allem auf die mittelständische Industrie (Kleinstunternehmen und KMU) in Griechenland ausgerichtet, aber unter bestimmten Umständen können auch größere Unternehmen einbezogen werden (ungefähr 1% dieser Unternehmen werden unterstützt), vorausgesetzt, dass sie dazu bereit sind, mit den KMU auf internationaler Ebene zusammenzuarbeiten.

Das vorrangige Ziel des Projekts besteht darin, die Leistung von griechischen Unternehmen in internationalen Märkten zu verbessern. Deswegen wird ein „nach außen orientierter“ Unternehmergeist gefördert, um die Produktion in Griechenland zu Produkten und Dienstleistungen mit einem hohen Mehrwert, die Qualität, Umweltbewusstsein, Wissen und Innovation vereinen, zu verlagern.

Außerdem soll mit dem Programm erreicht werden, dass ausländische Direktinvestitionen in die Wirtschaft in Griechenland zunehmen und dass griechische Unternehmen Unterstützung erhalten, um in Binnen- und Auslandsmärkten mit wettbewerbsfähigen Produkten und Dienstleistungen aufzutreten. Das Programm hat bisher zur Schaffung von mehr als 1 000 Arbeitsplätzen geführt.

▶ MEHR DAZU
www.antonistikotita.gr

TERMINE

**30. SEPTEMBER &
1. OKTOBER 2014**

_Brüssel (BE)

3. Forum der Regionen
in äußerster Randlage

2.-3. OKTOBER

_Prag (CZ)

Plattform für intelligente
Spezialisierung, „Stairway
to Excellence“

6.-9. OKTOBER 2014

_Brüssel (BE)

OPEN DAYS

18 NOVEMBER

_Brüssel (BE)

Auftaktveranstaltung
zur EU-Strategie für die
adriatischen und ionischen
Länder

1.-2. DEZEMBER

_Mailand (IT)

Veranstaltung zur EU-
Strategie für den Alpenraum

Weitere Informationen zu diesen Veranstaltungen finden
Sie auf unserer Inforegio-Website in der Rubrik „Agenda“:

[http://ec.europa.eu/regional_policy/
conferences/agenda/index_de.cfm](http://ec.europa.eu/regional_policy/conferences/agenda/index_de.cfm)

BLEIBEN SIE IN VERBINDUNG

 www.ec.europa.eu/inforegio

 www.twitter.com/@EU_Regional

 www.yammer.com/regionetwork
GD REGIO Plattform für Zusammenarbeit

 www.flickr.com/euregional

 Abonnieren Sie unsere REGIOFLASH
www.inforegiodoc.eu

 www.twitter.com/@JHahnEU



■ Amt für Veröffentlichungen

Europäische Kommission,
Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung
Kommunikation – Ana-Paula Laissy
Avenue de Beaulieu 1 – B-1160 Brussels
E-mail: regio-panorama@ec.europa.eu
Internet: http://ec.europa.eu/regional_policy/index_de.cfm

